

Die
Wirkungen des Schutzzollsystems
in Deutschland.

2 43 / 244

Von

Georg Gothein,
Mitglied des Reichstags

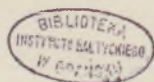
BERLIN SW 48

Verlag von Leonhard Simion Nf.

1909.

Inhaltsverzeichnis.

| | |
|--|----|
| Vorwort | 3 |
| I. Die Agrarzölle und die landwirtschaftliche Entwicklung . . . | 5 |
| II. Die Schutzzölle und die industrielle Entwicklung | 26 |
| III. Der Verlust Deutschlands durch unwirtschaftliches Anlegen von Kapitalien und unrichtige Beschäftigung infolge der Schutz- zollpolitik | 37 |
| IV. Die Schädigung der Volksgesundheit durch die Lebensmittel- zölle | 42 |
| V. Die Einwirkung der Zollpolitik auf den Zinsfuß | 52 |
| VI. Die fiskalische Wirkung der Schutzzollpolitik | 57 |
| VII. Schluss | 61 |



Vorwort.

Nachstehender Aufsatz ist im wesentlichen ein Teil des von mir dem Internationalen Freihandels-Kongress in London, August 1908 erstatteten Referats: „Der von der staatlichen Wirtschaftspolitik in Deutschland erzielte Effekt auf industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung“, der nach Ansicht der Herausgeber dieser Sammlung auch für das deutsche Publikum von Interesse ist. Fortgelassen sind die Kapitel: „Die im Lande angelegten Kapitalien“, „Die Entwicklung der Arbeiterlöhne“, „Das Konsumvermögen des deutschen Volkes“ und „Lage und Aussichten der Freihandelsbewegung in Deutschland“, die dem deutschen Leser vorwiegend Bekanntes enthalten und nicht in eigentlichem inneren Zusammenhang mit der in nachstehendem behandelten Frage stehen. Auch der vorliegende Aufsatz beansprucht nicht neue Gedanken zu bringen; er will lediglich auf gedrängtem Raum die wichtigsten Daten zusammenstellen, die die heut bei uns geltende Wirtschaftspolitik kritisch zu beleuchten geeignet sind.

Gegenüber dem ursprünglichen Referat hat der vorliegende Aufsatz durch die Berücksichtigung der inzwischen veröffentlichten Resultate der Berufszählung und anderweiten statistischen Materials sowie durch ein Schlußwort eine Erweiterung erfahren.

I.

Die Agrarzölle und die landwirtschaftliche Entwicklung.

Die deutsche Schutzzollpolitik kam 1879 durch das Bündnis von Großindustrie und Großgrundbesitz zur Herrschaft. Der hauptsächlich den Getreidebau kultivierende landwirtschaftliche Großbetrieb war so lange freihändlerisch, als Deutschland ein Getreide ausführendes Land war. Das änderte sich in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als mit der zunehmenden industriellen Entwicklung der Geburtenüberschuß im Inland Verwendung zu finden vermochte. Nachdem auch die innerpolitischen Verhältnisse mit der Gründung des Reiches eine wesentliche Besserung erfahren hatten, liefs die Auswanderung aus politischen Gründen, die in früheren Zeiten namentlich in den 50er Jahren einen großen Umfang gehabt hatte, nach.

Die Bevölkerung im Umfang des heutigen Reichsgebiets war im Jahrzehnt 1850—1860 nur von 35,3 Millionen auf 37,6 Millionen d. i. um 2,3 Millionen Köpfe gestiegen; im folgenden Jahrzehnt betrug die Zunahme 3,2 Millionen Seelen, 1870—1880 dagegen trotz der nachteiligen Einwirkung des Krieges bereits 4,1 Millionen Köpfe, und damit war eine Bevölkerungsdichte erreicht, daß selbst in Jahren guter einheimischer Ernte die Getreideeinfuhr die Ausfuhr überwog.

Diese Wandlung in der deutschen Getreidebilanz traf zusammen mit einem beträchtlichen Sinken der Weltmarktpreise für Getreide infolge der Erschließung der jungfräulichen Böden der mittleren Gebiete der Vereinigten Staaten durch Eisenbahnen

einerseits, des starken Sinkens der Schiffsfrachten andererseits. Während der Großbetrieb in der deutschen Landwirtschaft seit 3—4 Jahrzehnten ständig steigende Erträge gebracht hatte, wandte sich jetzt das Blatt, und wer in der Erwartung der Fortdauer dieser Entwicklung größere Landgüter zu stark gestiegenen Preisen gekauft oder gepachtet hatte, vermochte eine angemessene Verzinsung seines investierten Kapitals oder eine Deckung der Pachtsumme nicht mehr herauszuwirtschaften. Standen die Landwirte auch anfangs der Frage der Getreidezölle skeptisch gegenüber, so schwenkten sie doch unter der Einwirkung der mächtigen Persönlichkeit Bismarcks und der lebhaften Agitation der „Steuer- und Wirtschaftsreformer“ bald ein. Den industriellen Schutzzöllnern waren zwar die Getreidezölle wenig erwünscht, da sie ihre Rückwirkung auf die Arbeiterlöhne fürchten mußten, aber sie nahmen sie in Kauf, da sie nur damit die von ihnen gewünschten Industriezölle erlangen konnten. Für diese allein war im Reichstag keine Mehrheit.

Der Getreidezoll war mit 0,5 *M* pro 100 kg von der Regierung vorgeschlagen worden, er wurde vom Reichstag auf 1 *M* erhöht. Die Befürchtung, man werde ihn schrittweis weiter bis auf 3 *M* steigern, wies Bismark mit dem Wort zurück: „Auch der verrückteste Agrarier werde nie an einen Getreidezoll von 3 *M* denken.“ Aber noch unter ihm wurde 1885 der Zoll für Roggen und Weizen auf 3 *M*, 1887 auf 5 *M*, für Hafer auf 4 *M*, für Gerste auf 2,30 *M* erhöht.

Entgegen den Prophezeihungen der Freihändler kam der Zoll nicht immer im Preis des Getreides zum Ausdruck. So stand beispielsweise Weizen in den Jahren 1885—1888 in Berlin im Jahresdurchschnitt nur um 7,46 *M*, 5,86 *M*, 12,36 *M* und 22,17 *M* pro t höher als in London, trotzdem der Zoll 30 *M*, in 1887 und 1888 sogar 50 *M* pro t betrug und überseeischer Weizen sich infolge Fracht und Spesen in Berlin um ca. 5 *M* pro t teurer stellt als

in London. Deutschland produziert überwiegend weichen, weissen, viel Mehl gebenden, kleberarmen Weizen, für den es, da er die Zumischung harter, kleberreicher Ware erfordert, in Jahren reicher oder feucht eingebrachter Ernte im Inland nicht genügende Verwendung hat und den es daher exportieren mus. Auf dem Weltmarkt ist dafür aber auch höchstens Weltmarktpreis zu erlangen. Bei jeder guten Ernte drückte daher die innere Konkurrenz den Preis herab. In Zeiten schlechter Ernten dagegen kam der Zoll nahezu voll im Preise zum Ausdruck; so notierte Berlin 1889 bis 1891 im Jahresdurchschnitt Weizen um 48 *M*, 46,28 *M* und 51,24 *M* pro t höher als London; mit den guten Ernten 1892 und 1893 sank aber sofort die Spannung auf 34,59 und 28,20 *M* ja auf 20,5 *M* im Mai 1894.

Durch die Caprivischen Handelsverträge wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1892 der Zoll für Weizen und Roggen auf 3,5 *M* für Hafer auf 2,8 *M* und für Gerste auf 2 *M* pro 100 kg herabgesetzt. Mit dem Mitte 1894 in Kraft tretenden deutsch-russischen Handelsvertrag trat gleichzeitig die sogenannte Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Ausfuhr von inländischem Getreide und Mühlenfabrikaten ein. Das heisst: es wird dem Exporteur von Getreide oder Mehl ein Schein (Einfuhrschein) über die Summe, die das ausgeführte Quantum im Fall der Einfuhr Zoll bezahlen würde, ausgefolgt, der bei der Bezahlung der Einfuhrzölle von den Zollkassen an Zahlungsstatt angenommen wird. Der Exporteur inländischen Getreides erhält damit also eine Exportvergütung in Höhe des Zolls, mit der Wirkung, dafs die den jeweiligen Bedarf übersteigende Menge einheimischen Getreides zur Ausfuhr gelangt, ein Preisdruck durch innere Konkurrenz also nicht eintreten kann, der Zoll vielmehr immer im Inlandspreis des Getreides voll zum Ausdruck kommen mus. Trotzdem dadurch die Herabsetzung des von 1887—1891 bestandenen Zolles auf Brotgetreide von 5 auf 3,50 *M* mehr wie ausgeglichen wurde, eröff-

neten die Agrarier eine wütende Agitation gegen diese Zollermäßigung, die zu dem Bülow'schen Zolltarif von 1902 führte, in dem die Mindestzölle für Weizen auf 5,50 *M.*, für Roggen auf 5 *M.*, für Hafer auf 5 *M.*, für Malzgerste auf 4 *M.* heraufgesetzt wurden. In dieser Höhe — nur für Futtergerste ist der Zoll auf 1,30 *M.* ermäßigt worden — sind sie auch heut durch die neuen Handelsverträge bestätigt worden.

Die Agrarzölle haben die steigende Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht verhindern können. Hinsichtlich des Getreides ist diese natürlich in weitgehendem Maße vom Ernteausschlag abhängig, aber selbst in Jahren sehr reicher Ernten ist in Weizen und Gerste eine steigende Mehreinfuhr erforderlich:

In Weizen stieg sie von 1889 bis 1907 von 516 887 t auf 2 454 845 t¹⁾ und der Einfuhrüberschufs immerhin um 1,65 Millionen t sein Wert um 305 Millionen *M.*

In Roggen dagegen ist die Einfuhr zurückgegangen, die Ausfuhr gestiegen, und zwar erstere von 1 059 000 t auf 608 267 t der Einfuhrüberschufs minderte sich um 690 000 t, sein Wert um 70 Millionen *M.* 1908 überwog erstmalig die Ausfuhr mit 594 528 t die Einfuhr um 247 640 t, dem Werte nach um 36,4 Millionen *M.*

In Gerste dagegen stieg die Einfuhr 1889—1907 von 651 000 t auf 2 115 000 t²⁾ der Einfuhrüberschufs sogar um 1 487 000 t, sein Wert um 200 Millionen *M.*

In Hafer wuchs der Einfuhrüberschufs von 1889—1906 von 257 700 t auf 401 000 t, der Wert um 15 Millionen *M.*

1907 war nach einer Rekordernte die Haferausfuhr um 125 000 t im Wert von 2,33 Millionen *M.* höher als die Einfuhr. In 1908

¹⁾ 1908 betrug die Einfuhr nur 2 090 544 t. Der Einfuhrüberschufs verminderte sich um 520 000 t, sein Wert um 57 Millionen *M.*

²⁾ 1908 betrug die Einfuhr 1 985 629 t. Der Einfuhrüberschufs war um 72 600 t, sein Wert um 33 Millionen *M.* niedriger als 1907.

überstieg die Ausfuhr mit 495 435 t die Einfuhr sogar um 195 631 t dem Werte nach um 26,4 Millionen t.

Allein in den 4 Hauptgetreidearten mußte Deutschland 1906 für 710 Millionen *M* mehr ein- wie ausführen und für 430 Millionen *M* mehr als 1889, obgleich 1905 und 1906 sehr reiche Ernten eingebracht wurden. Gleichzeitig war die Maiseinfuhr von 314 600 auf 1 252 000 t mit einem Mehrwert von rund 100 Millionen *M* gestiegen. Nachdem das Jahr 1908 wieder eine noch nicht dagewesene reiche Ernte in Deutschland gebracht hatte, ging der Wert der Mehreinfuhr der 4 Hauptgetreidearten freilich auf 503 Millionen *M* zurück.

Insgesamt ist die Einfuhr von Nahrungs- und Genusmitteln und Vieh von 1 513 Millionen *M* in 1891 auf 2 490 Millionen *M* in 1907 gestiegen, also um 977 Millionen *M*, während die Ausfuhr davon sich gleichzeitig nur von 438 auf 562 Millionen *M*, d. i. um 124 Millionen *M* gehoben hat. Trotzdem 1891 die Einfuhr wegen der deutschen Missernte ganz ungewöhnlich groß und die Preise exorbitant hoch waren, während 1906—1907 recht gute Erntejahre waren, mußte Deutschland 1907 doch für seine Nahrungs- und Genusmittel dem Ausland über $\frac{3}{4}$ Milliarden *M* mehr bezahlen als damals. Die enormen Agrarzölle haben diese Mehreinfuhr nicht verhindern können; dabei ist die Einfuhr der Genusmittel nur ganz unbedeutend gestiegen.

Die Getreidezölle kommen ausschließlich den landwirtschaftlichen Großbetrieben und den großen Mittelbetrieben zugute; der kleine Mittelbetrieb und der Kleinbetrieb sind genötigt Getreide oder Mehl, Graupen, Brot sowie Futtermittel zuzukaufen. Der Schwerpunkt dieser letzteren Betriebe liegt in Deutschland in der Viehwirtschaft: Viehzucht, Schweinemast und Meiereiwirtschaft. Der Gemüse- und Obstbau spielt nur in wenigen Gegenden Deutschlands eine erhebliche Rolle; eine noch geringere die Geflügelzucht, die auch durch die zolltarifische Verteuerung des Körnerfutters

erschwert wird. Eier werden grōßtenteils aus dem Ausland (Rußland, Österreich-Ungarn, Italien), Gänse aus Rußland eingeführt und in Deutschland gemästet. Mit Ausnahme der letzteren kommt Geflügel kaum auf den Tisch der breiten Schichten, bei denen auch der Konsum von Gemüse — bis auf Kohl, Salat und Rüben — ein geringer ist.

Die Getreideproduktion für den Verkauf ist nur im Grofsbetrieb lohnend. Der moderne Mühlenbetrieb verlangt grofse Mengen einheitlicher Ware, die der Kleinbetrieb nicht zu liefern vermag; er erhält daher schlechtere Preise als jener, der auch Getreide billiger produziert, da er künstlichen Dünger im Grofsen wohlfeil bezieht und auf den grofsen Schlägen Maschinenkraft mit Vorteil zum Pflügen und Ernten verwenden kann, während der Kleinbetrieb auf Handarbeit angewiesen ist, und entweder Maschinen mangels Kapitalkraft nicht anschaffen oder sie nicht entsprechend ausnutzen kann.

Die Wirkung der hohen Getreidepreise war in Deutschland die, dafs der Grofsbetrieb in der Landwirtschaft in seiner ungesunden Höhe erhalten oder gar noch ausgedehnt wurde. Ursprünglich nahmen die „Rittergüter“ höchstens ein Fünftel der Flur ein; rund vier Fünftel entfielen auf den bäuerlichen Besitz, ein Verhältnis, das sich im Süden Deutschlands und am Rhein teils erhalten, teils unter der Einwirkung des Rechts der freien Teilbarkeit von Grund und Boden noch zu gunsten des Kleinbesitzes verschoben hat. Im gesamten Norden, vornehmlich aber in den östlich der Elbe gelegenen Gebieten hat der Grofsgrundbesitz nach dem 30jährigen Kriege zunächst die herrenlos gewordenen bäuerlichen Höfe eingezogen, das Besitzrecht der bäuerlichen Besitzer verschlechtert, deren Lasten und Frohnden ungemessen vermehrt und bei dem Steigen der Getreidepreise im letzten Drittel des achtzehnten Jahrhunderts massenhaft Bauernland einfach für Gutsland erklärt und die bisherigen Besitzer zu Hörigen

gemacht. Der Getreidebau war eben im Großbetrieb viel rationeller und rentabler als im Kleinbetrieb. Als im ersten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts die Bauernbefreiung in Preußen eintrat, mußten die noch übrig gebliebenen Bauern den Fortfall der Frohnden und sonstigen ihnen im Laufe jahrhundertelanger Knechtschaft aufgebürdeten Lasten durch Abgabe weiteren Landes an die Gutsherrschaften erkaufen.

Durch die berüchtigte Deklaration von 1815 wurden die nicht spannfähigen Häusler- und Käthnerstellen für nicht regulierbar erklärt und einfach den Rittergütern überwiesen.

In den Perioden hoher Getreidepreise, namentlich in den 60er und 70er Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts wurde diese Bewegung durch Landankauf von seiten des Großgrundbesitzes fortgesetzt. Das Typische für diese politisch einflußreichsten Gegenden Preußens, Mecklenburgs und des Königreichs Sachsen ist aber nicht wie in England der Latifundienbesitz, sondern der Besitz mittlerer Güter von 300—1000 ha, die überwiegend durch den Besitzer bewirtschaftet werden.

Darüber, wieviele Güter in einer Hand vereinigt sind, fehlt es an Material. Die Zahl der Fideikomnisse, die über zahlreiche selbständige landwirtschaftliche Güter verfügen und sie durch Angestellte bewirtschaften lassen oder sie verpachten, ist in ständigem Steigen. So vermehrte sich der Fideikommissbesitz in Preußen von 6,1 v. H. der Gesamtfläche in 1896 auf 6,4 v. H. in 1905. Aber auch die Vereinigung mehrerer Güter in den Händen von Zuckerindustriellen oder Gesellschaften ist nichts Seltenes. In Schlesien besitzt eine einzige, die Rübenzuckerfabrikation betreibende Gesellschaft einige zwanzig der besten großen Rübengüter. Eine Statistik über die Besitzverteilung besteht nicht. Alle Versuche von freihändlerischer Seite, eine solche zu veranlassen, sind am aktiven Widerstand der Agrarier und an dem passiven der Regierungen gescheitert.

Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Konzentration des landwirtschaftlichen Besitzes in Deutschland weitere Fortschritte macht. Der Großgrundbesitz sucht sich durch Ankäufe zu arrondieren; reich gewordene Industrielle erwerben Güter sozialer und politischer Vorteile wegen. In Bayern gewährt der Besitz einer gewissen fideikommissarisch gebundenen Fläche die Mitgliedschaft zum Reichsrat (Oberhaus), in Mecklenburg macht schon der Besitz eines Ritterguts den Inhaber zum Mecklenburgischen Gesetzgeber usw. In Preußen hat der Besitzer einiger tausend Morgen, sofern er sich der konservativen Partei anschließt, die sichere Auwartschaft, geadelt zu werden. Allerdings hat seit ca. 2 Jahrzehnten eine lebhafte Bewegung zur Schaffung kleineren und mittleren Grundbesitzes eingesetzt, die namentlich die Bildung von Rentengütern erstrebt. Diese Besitzform, bei der zunächst nur eine geringe Anzahlung und die Fortzahlung einer Jahrespacht zu leisten ist, die jederzeit ablösbar ist, hat lebhaften Anklang gefunden, und sind namentlich zahlreiche Staatsdomänen, aber auch Privatgüter durch Organe des Staates und durch Privatgesellschaften zerschlagen worden. Die zur Aufteilung gelangten Domänen waren überwiegend solche mit geringer Bodenbeschaffenheit, die einen Getreidebau wenig lohnten und von denen man erwartete, daß durch den Kleinbetrieb mit seiner starken Viehhaltung eine wesentliche Verbesserung des Bodens herbeigeführt würde. Außerdem sind seitens der preussischen Ansiedlungskommission in den Provinzen Posen und Westpreußen zahlreiche grössere Güter zerschlagen und mit deutsch sprechenden Ansiedlern besetzt worden um eine Stärkung des deutschen Elementes auf Kosten des polnischen herbeizuführen. Zu diesem Zweck ist neuerdings dem Staat sogar die Befugnis zur zwangsweisen Enteignung von in polnischer Hand befindlichem Grundbesitz gewährt worden. Von polnischer Seite ist seit Jahren mit grossem Erfolg eine

Gegenaktion in Zerschlagung großer Güter und polnischer Besiedlung eingeleitet worden.

Durch alle diese Vorgänge ist in den letzten Jahren die Tendenz zur weiteren Konzentration des Grundbesitzes etwas aufgehoben worden. Aber doch sind in Preußen von 1891—1903 nur 137 618 ha zu Rentengütern aufgeteilt worden, während allein die Fideikommissfläche von 1896—1903 um 188 000 ha zunahm. Und da, wo diese planmäßige „innere Kolonisation“ von Staatswegen nicht vorgenommen wird, dürfte eine weitere Zunahme des Großgrundbesitzes stattgefunden haben.

So hat denn auch von 1895 auf 1907 die Zahl der selbständigen Landwirte in Deutschland von 2 568 725 auf 2 500 974 also um 67 751 oder 2,64 % abgenommen, die des Aufsichtspersonals (Wirtschaftsbeamten) um 2639 = 2,7 % zugenommen.

Agrarischerseits wird der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf die durch die Caprivische Handelspolitik bewirkte Herabsetzung der Zölle und die damit verursachten niedrigen Preise landwirtschaftlicher Produkte zurückgeführt. Die Periode I zwischen den Berufszählungen von 1882—1895 ist aber im wesentlichen die der Bismarckschen Schutzzollpolitik, die II von 1896 bis 1907 die der Caprivischen. Wenn in die erstere auch einige Jahre der letzteren fallen, so findet das seinen Ausgleich dadurch, daß der letzteren zwei Jahre Bülow'scher Zölle zugehören. Die Fehlerquellen auf beiden Seiten gleichen sich also aus. Nun notierte Berlin im Durchschnitt in den Perioden: Roggen: I: 146,07 *M*, II: 145,15 *M*; Weizen: I: 170,07 *M*, II: 170,4 *M*; Hafer: I: 135,9 *M*, II: 143,7 *M*; Gerste (Leipzig): I: 160 *M*, II: 163,14 *M*; Speisekartoffeln: I: 41,07 *M*, II: 43,34 *M*; Rinder: I: 109,8 *M*, II: 125,4 *M*; Schweine: I: 100,13 *M*, II: 107,8 *M*; Wolle: I: 267,8 *M*, II: 280,7 *M*.

Nur in Roggen ergibt sich also ein geringfügiger Rückgang, der aber nur in dem exorbitanten Preis des Hungerjahres 1891

mit 211,2 *M* seinen Grund hat. Da aber der Ernteertrag eine Steigerung von mindestens 15 % erfahren hat, so weist die Capriviperiode gegenüber der vorangegangenen der steigenden Agrarzölle wesentlich günstigere Einnahmeverhältnisse für die deutsche Landwirtschaft auf.

Das künstliche Hochhalten der Getreidepreise durch die Zölle bewirkt eine ungesunde Ausdehnung des Getreidebaues. Als in der ersten Hälfte der 90er Jahre in den verschiedensten Bundesstaaten eine umfassende Enquête über das Vorhandensein und die Ursachen einer Notlage der deutschen Landwirtschaft von seiten der Bundesregierungen veranstaltet wurde, ergab sich, daß, wo ein solcher bestand, er seine Ursache in einer übermäßigen Ausdehnung des Getreidebaues und im ungenügenden Bau von Futtergewächsen und in zu geringer Viehhaltung hatte.

Nichtsdestoweniger erhöhte man auf das Geschrei der Agrarier hin weiter die Getreidezölle. Trotzdem bedeutende Flächen durch die Ausdehnung der Städte und Industrieorte, durch die Erweiterung des Eisenbahn- und Straßennetzes fortwährend der landwirtschaftlichen Benutzung entzogen werden, hat die mit den vier Hauptgetreidearten bestellte Fläche von 1896 auf 1906 noch um 360 625 ha, die mit Kartoffeln, dem Schatten des Getreidebaues, bestellte um 249 211 ha zugenommen, während die gleichzeitige Zunahme der Wiesenfläche nur 42 000 ha betrug.

Die Zunahme der Getreidefläche ist zum größten Teil auf die Inangriffnahme von Weiden und Hutungen, sowie von Ödland und ehemaligen Waldungen zurückzuführen, bei denen natürlich die Produktionskosten nach dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrage wachsen und nur bei ungesund hohen Getreidepreisen ein Getreidebau lohnt.

Die Konservierung des landwirtschaftlichen Großbetriebes bedeutet aber auch einen entschiedenen Stillstand in der landwirtschaftlichen Produktivität. Zwar ist der Ernteertrag in dem ge-

nannten 10jährigen Zeitraum bei Roggen von 14,3 dz (à 100 kg) auf 15,8 dz, bei Weizen von 17,7 auf 20,3 dz, bei Sommergerste von 16,5 auf 18,3 dz, bei Hafer von 15,00 auf 20,07 dz pro ha gestiegen, aber 1906 war ein hervorragend gutes Erntejahr; auch ergibt die neuere Schätzung höhere Resultate als die frühere. Dieselbe Fläche vermag jedenfalls im arbeitsintensiven Kleinbetrieb ganz andere Werte hervorzubringen, als im zwar kapitalintensiven, aber arbeitsextensiven landwirtschaftlichen Großbetriebe. Insbesondere ist die Viehhaltung im Großbetriebe eine außerordentlich geringe: Nach der Viehzählung von 1895 kam bei den Betrieben über 100 ha auf den Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche 24,99 Stück Rindvieh, 11,35 Schweine, 78,73 Schafe, bei denen zwischen 20 und 100 ha 47,12 Stück Rinder, 26,93 Schweine, 35,45 Schafe.

| | | | | | | |
|-----------------------|-------|--------|--------|----------|-------|--------|
| Bei denen von 5—20 ha | 64,05 | Rinder | 43,31 | Schweine | 19,25 | Schafe |
| - - - 2—5 - | 85,30 | - | 71,17 | - | 14,89 | - |
| - - - unter 2 - | 78,26 | - | 191,66 | - | 31,39 | - |

Der Schwerpunkt der deutschen Landwirtschaft liegt unzweifelhaft in der Viehzucht. Nach Erhebungen über die durchschnittlichen Einnahmen landwirtschaftlicher Betriebe aus dem Verkauf selbsterzeugter Produkte ergab sich, daß nur 26,4 v. H. aus dem Verkauf von Getreide, 16,3 v. H. aus dem von Hackfrüchten, dagegen 40,6 v. H. aus den Produkten der Viehzucht stammten. Dabei waren bei den Erhebungen ganz überwiegend Großbetriebe und große Mittelbetriebe berücksichtigt, die kleinen Betriebe und kleineren Mittelbetriebe mit starker Viehhaltung sehr vernachlässigt worden. Man wird deshalb mit Sicherheit annehmen können, daß höchstens 18 v. H. der Einnahmen der deutschen Landwirtschaft aus dem Verkauf von Getreide, dagegen 50 v. H. aus dem von Vieh und tierischen Erzeugnissen stammen.

Die agrarische Bewegung erachtete es denn auch für notwendig, um das Interesse der kleinen Landwirte an der Schutzzollbewegung wachzuhalten oder zu erregen, einen wesentlich erhöhten Schutz für Vieh und tierische Erzeugnisse einzuführen. Gerade weite Kreise der kleinen landwirtschaftlichen Bevölkerung werden aber auch durch die hohen Viehzölle geschädigt, insbesondere durch die auf Pferde (die bei Arbeitspferden je nach dem Wert bis zu 120 *M*, bei Zuchtpferden bis zu 360 *M* steigen), da sich nur wenige der kleineren Landwirte mit der Aufzucht von Pferden abgeben können.

Nicht viel anders liegt es für die Milchwirtschaft, da das Milchvieh nicht nur durch die hohen Zölle, sondern mehr noch durch die Viehsperren verteuert wird. Dadurch wird die Einfuhr des ergiebigen holländischen Milchviehes und die Aufbesserung der heimischen Rassen durch Zuchtmaterial fast unmöglich gemacht. Das trockene Klima Deutschlands und die bei dem Mangel an Weiden und infolge der ausgedehnten Ackerwirtschaft benötigte Stallfütterung bewirken, daß die heimischen Rassen — von wenigen Gegenden an der See und im Gebirge abgesehen — nicht besonders milchergiebig sind, und der Auffrischung des Blutes durch ausländisches Zuchtmaterial bedürfen. Die Politik der Zölle und der unter dem Mantel des Seuchenschutzes vorwiegend im Verteuerungsinteresse eingeführten Viehsperren erschweren das aufs äußerste. Trotzdem die Milchpreise in Deutschland außerordentlich hoch sind, sodafs die Ernährung der Kinder darunter leidet, können die Milchwirtschaften bei der enormen Verteuerung des Milchviehes und soweit sie ganz oder zum Teil auf den Zukauf des Futters angewiesen sind, das durch die hohen Zölle auf Mais, Gerste, Futterroggen verteuert wird, nicht besonders prosperieren. Dazu kommt, daß nach jeder schlechten Heu-, Kartoffel- oder Getreideernte die Rinderhaltung eingeschränkt werden muß, und daß es dann bei guter Ernte unmöglich ist, den Vieh-

bestand wieder entsprechend zu vermehren. So ist denn auch die Rinderhaltung im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer wesentlich zurückgeblieben. Kamen auf 100 Einwohner Anfang der 1860er Jahre 39,2, so 1873 noch 38,4 Stück Rindvieh, 1883 noch 34,5, 1892 noch 35,5, 1900 noch 33,6 und 1904 nur 32,2. Seitdem hat noch ein weiterer relativer Rückgang auf 32,04 für 1907 stattgefunden.¹⁾ Wesentlich stärker noch ist er in Schafvieh, wo er von 73,3 Stück auf 100 Einwohner, Anfang der 60er Jahre bis auf 13,2 in 1904 und 12,14 in 1907 zurückgegangen ist. Nur Schweine zeigen eine allmähliche Zunahme von 17,4 in 1873 auf 31,6 in 1904 und 30,43 in 1907.

Konnte man früher annehmen, daß dieser relative Rückgang des Rindviehs durch die Steigerung der Qualität einigermaßen ausgeglichen worden sei, so ist das nach der rigorosen Durchführung der Viehsperren nicht mehr anzunehmen, da bei dem Fehlen frischen Zuchtmaterials die Qualität wieder zurückgegangen sein dürfte.

Der den Getreidebau besonders kultivierende Großbetrieb befaßt sich weniger mit der Aufzucht als mit der Mast und bedarf des Rindviehes hauptsächlich der Düngerproduktion halber, wobei gleichzeitig der Mastochse oder Stier zur Pflugarbeit Verwendung findet. Der landwirtschaftliche Großbetrieb hat also, da er das Rindvieh mager kauft, und es verkauft, sobald es fett ist, zwar ein Interesse an niedrigen Magerviehpreisen, dagegen an hohen Schlachtviehpreisen, während das der kleinen Landwirte ganz überwiegend ein solches der Milchwirtschaft ist, und der mittlere Kleinbetrieb sich auch viel mit der Aufzucht befaßt. Kleine und

¹⁾ Noch wesentlich schärfer drückt sich dieser Rückgang bezüglich der mehr als zwei Jahre alten Rinder aus, deren Zahl sich seit 1873 nur um 16,8 % vermehrte, während die Bevölkerung um fast 53 % stieg. Von 1892 auf 1907 hob sich der Bestand davon von 11,50 Millionen Häuptern auf nur 12,43 Millionen, d. i. um 8 %, während die Bevölkerung gleichzeitig um 24,45 % zunahm. Gegen 1873 betrug die Zunahme 16,8 % bzw. 53 % !!



Mittelbetriebe, die auf den Kauf von Futtermitteln angewiesen sind, leiden besonders schwer an den Futtermittelzöllen; wird doch die Einfuhr von Mais durch den Zoll von 30,00 *M* pro t aufs äußerste beschränkt und verteuert, noch mehr die von Futterroggen durch den Zoll von 50 *M*. pro t.

In noch stärkerem Mafse als bei Rindvieh ist die Schweinehaltung in den Händen der kleinen Mittelbetriebe und Kleinbetriebe. Entfielen doch 1905 von der gesamten Schweinehaltung rund 74 v. H. auf die Betriebe unter 20 ha.

Die kleinsten Betriebe haben keine eigene Zucht, sondern kaufen Ferkel oder Magerschweine, ziehen sie auf und machen sie fett. Der Großbetrieb beteiligt sich neuerdings mehr und mehr an der Schweinezucht, namentlich die an Molkereigenenschaften angeschlossenen Güter, die die ihnen zurückgelieferte Magermilch und Molken zur Aufzucht verwenden.

In den kleinsten Betrieben dient die Schweinehaltung hauptsächlich dem eigenen Konsum, wobei freilich nicht ausgeschlossen ist, daß von zwei Schweinen das eine zum Verkauf gelangt. Die Schweinehaltung in Deutschland unterliegt je nach dem Ausfall der Kartoffelernte und der der anderen Futtermittel außerordentlichen Schwankungen, ebenso schwanken entsprechend die Schweinepreise. Fällt die Ernte schlecht aus, so muß der kleine Mann, da die Futtermittel für ihn nicht zu erschwingen sind, seine Schweinehaltung aufgeben oder außerordentlich einschränken. Ferkel sind dann schwer verkäuflich, sinken enorm im Preis, auch die Zuchtsauen müssen abgestochen werden, weil es an Futter mangelt. Einer kurzen Zeit starker Schlachtungen und gewaltigen Preisdruckes folgt dann eine um so längere außerordentlichen Mangels an Schweinen und gewaltig gestiegener Preise, von denen gerade aber die kleineren Züchter und Mäster nichts haben, weil sie dann eben nichts zu verkaufen haben. Der landwirtschaftliche Großbetrieb kann diese Zeiten bedeutend besser

überstehen, da er immerhin noch so viel geerntet hat, um seine eigene Schweinehaltung durchzufüttern und in den enorm gestiegenen Preisen Ersatz findet. In solchen Zeiten nimmt der Anteil der Großbetriebe an der Versorgung der Schlachthäuser mit Schweinen stark zu. Bei der nächsten guten Ernte sind die hohen Preise ein gewaltiger Ansporn, die Schweinehaltung wieder zu vermehren; die Ferkelpreise steigen ungesund, und nach einiger Zeit, gewöhnlich nach zwei Jahren, tritt eine Überproduktion ein, die den Preis wirft; bei der nächsten schlechten Kartoffelernte wiederholt sich der weiter oben dargelegte Vorgang. Das Volk aber leidet schwer unter der wechselnden Versorgung mit Fleisch.

Für 1907 ist eine Zunahme des Fleischkonsums berechnet worden, da die Schlachtungen namentlich von Schweinen und Jung-rindern infolge ungenügender Futterernte gestiegen waren.

Man muß indessen die Angaben über den steigenden Fleischverbrauch mit einer gewissen Skepsis betrachten, da dabei in keiner Weise berücksichtigt ist, daß die zur Schlachtung gelangenden Tiere weniger Fleisch ergeben haben als in den Zeiten vor der Fleischnot, während das Gewicht von Knochen, Decke, Klauen, Hörnern und Blut dasselbe geblieben ist. Die Klagen der Metzger und Schlachthofverwaltungen über den starken Rückgang des Fleischgewichts der Schlachttiere waren sehr lebhaft, und aus diesen Kreisen wird noch immer behauptet, daß die Mastung bisher nicht wieder auf die frühere Höhe gekommen sei. Erscheint der deutsche Fleischverbrauch zu den Berechnungen desselben in England und Frankreich auch relativ nicht ungünstig, so muß doch erwogen werden, daß der Verbrauch von frischen Fischen, der in England eine so große Rolle spielt, in Deutschland gering ist, ebenso der an Geflügel. Der Fleischverbrauch der ärmeren Klassen beschränkt sich vorwiegend auf Schweinefleisch, und gerade in diesem sind die Schwankungen außerordentlich groß.

Die Einfuhr von Fleischkonserven und Würsten ist durch das angeblich in sanitärem Interesse erlassene Fleischbeschaugesetz vollständig verboten. Frisches Fleisch darf der Seuchengefahr wegen ebenfalls so gut wie gar nicht eingeführt werden, und wo es noch erlaubt ist, da machen die Zölle und chikanöse Vorschriften die Einfuhr nahezu unmöglich. Beträgt doch der Zoll für frisches Rind-, Kalb- oder Schweinefleisch 27,00 *M* für 100 kg, für knochenfreies wird noch ein 20prozentiger Zuschlag erhoben, und für gefrorenes, dessen Einfuhr in England so bedeutend ist, und das als Nahrungsmittel gerade für die ärmeren Klassen in Betracht kommt, beträgt der Zoll gar 35,— *M* für 100 kg, für knochenfreies tritt ebenfalls noch ein 20prozentiger Zuschlag hinzu, und damit wird die Einfuhr dieses wichtigen Nahrungsmittels einfach unmöglich gemacht. Gesalzenes Fleisch unterliegt dem Zoll von 35,— *M*, Speck zahlt 36,— *M*; dabei erhöhen die Vorschriften des Fleischbeschaugesetzes, soweit sie die Einfuhr nicht überhaupt unmöglich machen, noch weiter den Zoll. Selbst Schweineschmalz, das Fett der ärmsten Bevölkerung ist mit 10,— *M* belastet.

Alle diese Zölle haben, wie erwähnt, nicht einmal dazu geführt, die Viehzucht und Mastung für die Landwirtschaft besonders rentabel zu machen, da die Futtermittel durch Zölle verteuert und die Einfuhr von Zuchttieren fast ganz unmöglich ist. Auch sie wirken, ähnlich wie die Getreidezölle, auf ein gewaltiges Steigen der Güterpreise hin. Die Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen kaufte im Jahre 1903 vor der letzten Zollerhöhung den Hektar durchschnittlich mit 1007 *M* nach derselben im Jahre 1907 mit 1508 *M*. Im allgemeinen wird man annehmen können, daß seit der Einführung der Agrarzölle 1879 die Güterpreise in Deutschland auf das Doppelte bis Dreifache gestiegen sind. Vielfach hat aber schon die letzte Zollerhöhung zu einer 30prozentigen Steigerung der Güterpreise geführt. Das ist ein Vorteil für den Besitzer, für den der verpachten oder ver-

kaufen will, der damit aufhört Landwirt zu sein, aber es ist ein großer Nachteil für alle die, welche als Pächter oder als Käufer die Landwirtschaft selbst ausüben; ja selbst der Erbe eines Gutes ist durch diese künstlich herbeigeführte Preissteigerung übler daran, als ohne sie. Da die überwiegende Mehrzahl des Grundbesitzes in Deutschland nicht fideikommissarisch gebunden ist, so muß der Erbe, der das Gut übernimmt, bei der Erbteilung an seine Geschwister um so mehr herauszahlen, je höher der Wert des Gutes ist. Bei Missernten, Viehsterben usw., ist er also sehr viel schlechter gestellt, als vorher.

Jede Zollsteigerung sprach sich im Preise der Güter und Pachten aus, und die neuen Erwerber und Übernehmer und Pächter, die zu den höheren Preisen gekauft, gepachtet oder übernommen hatten, erklärten nach kurzer Zeit, die Produktionskosten nicht mehr herauswirtschaften zu können.

Durch die Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes, wird der Konsum der höher-wertigen Nahrungsmittel, also von Vieh, Fleisch, Milch, Butter, Geflügel, Eiern, Gemüse, Obst, außerordentlich zurückgehalten, während gleichzeitig die ungesunde Ausdehnung des Getreidebaues künstlich begünstigt wird. Dabei sind die Produktionskosten der Landwirtschaft durch diese Politik gesteigert worden, nicht nur durch die Verteuerung von Grund und Boden, sondern auch durch die von Löhnen, Kohlen usw. Freilich, die Löhne sind an den großen Gütern des Ostens und Nordens nicht so gestiegen, wie dies dem gesteigerten Ertrage entsprochen haben würde. Durch die massenhafte Heranziehung billiger ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere aus Galizien und Russisch-Polen, die als Landarbeiter — Saisonarbeiter, sogenannte Sachsendänger — vom Beginn der Ackerbestellung bis gegen das Ende der Rüben- und Kartoffelernte beschäftigt werden, sind die Löhne der heimischen Landarbeiter dauernd gedrückt, was

wiederum zu einer starken Abwanderung der heimischen Arbeiter nach den Industriezentren und Städten führt.

Die Agrarzölle werden zum großen Teil damit motiviert, daß man durch Steigerung der Prosperität der Landwirtschaft der Abwanderung vom platten Lande Einhalt tun müsse. Tatsächlich haben sie das Gegenteil bewirkt, wie denn immer die Zeiten hoher Getreidepreise die der Vermehrung des Großgrundbesitzes und damit der Landflucht gewesen sind. So verminderte sich die landwirtschaftliche Bevölkerung von 19 225 455 Köpfen in 1882 auf 18 501 433 Köpfe in 1895, d. i. um 724 148 Köpfe oder 3,24 v. H., während gleichzeitig die Gesamtbevölkerungsziffer sich um fast 15 v. H. vermehrte. Machte sie 1882 noch 42,05 v. H. der gesamten Bevölkerung aus, so 1895 keine 35,6 v. H. mehr.

Der Rückgang hat sich seitdem in gleicher Weise fortgesetzt. 1907 betrug die landwirtschaftliche Bevölkerung nur noch 17 681 176 Köpfe, hatte sich also gegen 1895 um weitere 820 257 Köpfe, oder 4,43 v. H. vermindert, sie machte von der Gesamtbevölkerung keine 30 v. H. mehr aus.

Von der eigentlichen Landwirtschaft — nach Abzug der Gärtnerei, der nicht landwirtschaftlichen Tierzucht, der Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei — lebten sogar 1907 nur 16 920 671 Personen oder 27,41 v. H. der Gesamtbevölkerung.

Die Entvölkerung des platten Landes erstreckt sich ganz vorwiegend auf die Gegenden des überwiegenden Großgrundbesitzes und des großen Mittelbesitzes, wo es dem Landmann schwer ist, Grund und Boden zu erwerben, sich selbständig zu machen. Von 1900 auf 1905 hatten z. B. Regbz. Gumbinnen 10,31, Allenstein 12,63, Marienwerder 11,73, Köslin 10,14, Bromberg 10,41, Posen 8,76, Stralsund 6,42, Frankfurt a. O. 6,74, Mecklenburg-Strelitz 7,13 ‰ jährlichen Wanderungsverlust. Diese Wanderungsverluste waren aber zu den Zeiten der höchsten Getreidepreise noch wesentlich höher. In der achtjährigen Periode 1867—75 vermin-

derte sich beispielsweise im Jahresdurchschnitt die Bevölkerung der Kreise: Prenzlau um 7,65, Westprieignitz um 13,75, Demmin um 7,12, Greifenberg um 6,25, Dramburg um 7,5, Bütow um 5,63, Franzburg um 8,34, Grimmen um 11,5, Wohlau um 7,6, Freistadt um 6,4, Glogau um 5,62, Schönau um 7,9 v. H. Und das, obgleich diese ländlichen Bezirke doch einen sehr erheblichen Geburtenüberschufs hatten und gleichzeitig die Bevölkerung Preufsens ein jährliches Wachstum von 9,14 v. H. aufwies.

Unter der Entvölkerung des platten Landes, die die Wirkung der ungesunden Besitzverteilung ist, leiden auch die Landstädte und Kleinstädte schwer, da ihre Kundschaft sich immer mehr verringert, zumal der Grofsgrundbesitzer für seine verfeinerten Bedürfnisse in der kleinen Stadt nicht genügende Auswahl findet und dafür Grofsstädte aufsucht. Der polnische Wanderarbeiter aber schickt seine Ersparnisse in die Heimat und gibt dem Handwerker und Geschäftstreibenden der Landstadt in der Nähe seines Arbeitsortes sehr wenig zu verdienen. Für diese Städte ist daher die Schaffung von Kleingrundbesitz — die innere Kolonisation — eine Lebensfrage. Dadurch dafs durch Getreidezölle die Bedingungen für den Grofsgrundbesitz künstlich erhalten werden, schädigt man also die Entwicklung dieser Ortschaften schwer.

In den Gegenden des überwiegenden Kleinbesitzes und der freien Teilbarkeit von Grund und Boden findet in der Landwirtschaft keine erhebliche Abwanderung statt. So wies denn noch von 1882 auf 1895 nur die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter einen Rückgang auf, die der selbständigen Landwirte dagegen noch eine kleine Zunahme.

Der landwirtschaftliche Grofsbetrieb mit überwiegendem Getreidebau braucht viel Maschinenkraft und wenig ständige Arbeiter der Kartoffel- und Rübenbau aber Saisonarbeiter, die er den Winter über nicht zu beschäftigen vermag. Der Kleinbetrieb dagegen

mit vorwiegender Viehzucht, mit Gemüse- und Obstbau hat eine viel bessere Ausnützung der Arbeitskräfte auch im Winter.

In den Jahrzehnten der hohen Getreidepreise war auch vor Einführung der Getreidezölle die Auswanderung eine sehr beträchtliche, da es damals lukrativ wurde, Bauernland aufzukaufen und die Fläche für den Getreidebau im Großbetrieb zu vermehren. So wanderten aus Deutschland nach Nordamerika aus:

| Im Jahrzehnt | Menschen | Bei einem | |
|--------------|----------|---------------------------------|---------------------------------|
| | | Weizenpreis pro t in Preußen | Roggenpreis pro t in Preußen |
| 1841—1850 | 434 626 | 167,8 | 123,0 |
| 1851—1860 | 951 667 | 211,4 | 151,5 |
| 1861—1870 | 822 007 | 204,6 | 154,0 |
| 1871—1880 | 757 698 | 223,2 | 172,5 |

In der letzten Periode zeigten aber nur die Jahre nach dem Kriege starke Auswanderungsziffern, die gleichzeitig die Jahre sehr hoher Getreidepreise waren. 1876 wanderten nur noch 29 664 Menschen, 1877 nur 22 898, in 1878 nur 25 627, in 1879 bereits wieder 35 888 Menschen nach den Vereinigten Staaten von Amerika aus. Dabei war in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Wirtschaftslage in Deutschland ungünstig. Das Bild änderte sich vollständig mit der Inaugurierung der Schutzzollpolitik; 1880 beträgt die Auswanderungsziffer 117 007. Im folgenden Jahre erreichte sie die enorme Ziffer von 220 902 Köpfen; 1882 betrug sie 203 585 und hielt sich 1883—85 auf der immerhin sehr beträchtlichen Höhe von 173 616; 149 065 und 110 119; in der zweiten Hälfte der 80er Jahre verminderte sie sich dann etwas mit 83 225 in 1886 und hielt sich dann mit 104 787, 103 951, 96 070, 97 103 stets nahe an 100 000, um in den Teuerungsjahren 1891 und 1892 wieder die gewaltige Höhe von 120 089 und 116 339 = 2,41 und 2,31 pro Mille der Bevölkerung zu erreichen. In den 13 Jahren der sich steigenden Hochschutzzollpolitik verlor Deutschland durch

Auswanderung fast 1,7 Millionen Menschen, ganz überwiegend Männer in den besten Arbeitsjahren.¹⁾

Ein völliger Wechsel trat erst mit der Erleichterung durch die Caprivischen Handelsverträge ein, und in den letzten Jahren ist die Auswanderung, die im Jahre 1901 ihre niedrigste Ziffer mit 22 073 erreichte, und im Jahre 1903 noch einmal auf 36 310 aufstieg, hinter der Einwanderung zurückgeblieben.

Im Jahrzehnt 1895—1905 hatte Deutschland erstmalig einen Wanderungsgewinn von 146 432 Personen.

Die Industrie hat erst seit dieser Zeit jenen gewaltigen Aufschwung genommen, der es ermöglichte, den Bevölkerungsteil, den die Landwirtschaft nicht zu beschäftigen vermochte, im Inlande unterzubringen.

Durch die gewaltige Auswanderung erlitt Deutschland enorme Verluste; handelte es sich doch dabei ganz überwiegend um Personen im arbeitsfähigsten Alter, für die das Vaterland alle Kosten der Aufzucht und Erziehung getragen hatte, die mit 3000 *M* pro Kopf niedrig berechnet erscheinen, was allein eine von Deutschland für Amerika geleistete Ausgabe von rund 5 Milliarden *M* ausmachen würde; denn der neuen Welt kam die Arbeitsleistung aller dieser Menschen zu gute, Deutschland ging sie verloren; es hatte die Aufwendungen für sie umsonst gemacht. Die Auswanderer nahmen aus dem Mutterland aber auch sehr erhebliche Kapitalien mit sich. Ganz besonders galt dies von der ausgewanderten kleinbäuerlichen Bevölkerung, die ihren Grundbesitz an den Großgrundbesitz verkauft hatten und mit dem Kaufschilling nach Amerika gegangen war.

¹⁾ Die amerikanische Statistik gibt die Einwanderung aus Deutschland noch wesentlich höher an als die deutsche die gesamte überseeische Auswanderung. Nach ersterer wanderten beispielsweise 1881 in den Vereinigten Staaten von Amerika aus Deutschland 245 972 und 1882 232 269 Personen ein. Im allgemeinen dürfte hier die amerikanische Statistik zuverlässiger als die deutsche sein, die aufserstande ist, jeden nicht über deutsche Häfen gehenden Auswanderer zu kontrollieren.

II.

Die Schutzzölle und die industrielle Entwicklung.

Es liegt nahe, den großen Industriaufschwung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten der Schutzzollpolitik zuzuschreiben. Das wird auch von ihren Anhängern behauptet, die insbesondere die Entwicklung der Großeisenindustrie darauf zurückführen. Vor 1879 soll die deutsche Eisenindustrie dicht am Eingehen gewesen, erst durch den Schutzzoll lebensfähig geworden sein. Diese Behauptung hält einer eingehenden Betrachtung nicht Stand. Allerdings lag Ende der 70er Jahre vorigen Jahrhunderts die deutsche Eisenindustrie darnieder, weil der innere Bedarf, der auf Roheisen umgerechnet 1873 2 954 000 t betragen hatte, bis auf 1 520 000 t, also auf ungefähr die Hälfte in 1879 zurückgegangen war, trotzdem die Bevölkerung währenddessen um $2\frac{2}{3}$ Millionen gestiegen war. Gleichzeitig war aber der Roheisen-Bedarf für die Eisenausfuhr von 421 000 t auf 1 350 000 t gestiegen. Deutschlands Eisenbilanz hatte sich demnach von 1873 auf 1879 um 1 253 000 t gebessert. Auf Roheisen umgerechnet war sie 1879 bereits mit 706 000 t aktiv. Deutschland war also schon damals ein ganz überwiegendes Eisenausfuhrland. Nur in Gießereirohisen war es von England und Schottland abhängig. 1873 wurde noch 77,4 v. H., 1878 noch 69,7 v. H. des deutschen Bedarfs von dort gedeckt.

Die Produktion der deutschen Hochöfen stieg nun von 2 227 000 t in 1879 auf 3 687 000 t in 1885, zeigte im nächsten Jahr einen kleinen Rückgang, um bereits 1887 die vierte Million t zu überschreiten und hob sich von nun an ständig bis 1900 auf 8,52

Millionen t, fiel dann in der Krisis von 1905 auf 7,88 Millionen t und stieg seitdem weiter bis auf 12 871 Millionen t in 1907.

Diese enorme Steigerung hat höchst wenig mit dem Schutzzoll, umsomehr aber mit der veränderten Technik zu tun. Deutschland ist arm an für den Bessemerprozefs geeigneten, phosphorfreien Erzen, hat dagegen große Lagerstätten phosphorreicher Erze. Solange man die letzteren für Flußeisenprozesse nicht verwerten konnte und die phosphorfreien Erze mit hohen Transportkosten aus dem Ausland beziehen mußte, bestand eine wesentliche Überlegenheit der englischen und der belgischen Hochofen- und Flußeisenindustrie. Das Verhältnis kehrte sich um in dem Moment, als es durch die Erfindung von Thomas Gilchrist gelang, phosphorhaltiges Eisen in der Bessemerbirne zu Flußeisen umzuwandeln. Damit war eine glänzende Entwicklung des Flußeisenprozesses in Deutschland gesichert. 1879 wurde in Deutschland an Bessemer- und Thomasroheisen zusammen erst 461 253 t erblasen. 1883 neben 495 920 t Bessemerroheisen bereits 369 685 t Thomasroheisen, dessen Produktion ununterbrochen bis 1900 auf 4 826 459 t stieg; sie ging dann im Krisenjahr 1901 auf 4 452 950 t zurück, um in 1907 bis auf 8,34 Millionen t zu steigen. Zu einem kleinen Teil ist diese Zunahme freilich auf Kosten des Puddelroheisens erfolgt. Die Entwicklung der englischen Roheisenindustrie hat mit der deutschen nicht Schritt gehalten, da die natürlichen Bedingungen für den Thomasprozefs bei ihr nicht in dem gleichen Maße vorhanden waren; Englands Eisenindustrie ist jetzt hinter die der Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschlands an die dritte Stelle gerückt.

Die Frage der Roheiseneinfuhr in Deutschland ist im wesentlichen eine Konjunkturfrage. Sie wächst in den Jahren hoher Eisenpreise und gewaltiger Nachfrage nach Eisenerzeugnissen; sie geht in den Jahren geringer Nachfrage und niedriger Preise zurück. In dem glänzenden Hochkonjunkturjahr 1900 erreichte

sie 671 191 t, im Depressionsjahr 1902 ging sie auf 116 245 t zurück. Sie war 1900 gröfser als selbst im Jahre 1873, trotzdem inzwischen der Zoll von 10,— *M* pro t die Einfuhr erschwerte. Zweifellos hat dieser die Einfuhr ausländischen Roheisens nach Deutschland wesentlich eingeschränkt. Dessen Anteil an der deutschen Eisenversorgung geht, wenn auch in Schwankungen, ständig zurück. Der Rückgang würde noch wesentlich gröfser gewesen sein, wenn nicht die deutschen Roheisensyndikate die Inlandspreise so hoch gehalten hätten, dafs die Einfuhr immer noch lohnend gewesen wäre.¹⁾

Die Selbstkosten der lothringischen, luxemburgischen und Saar-Werke und des von Peine-Ilse, sind so auferordentlich niedrig, dafs sie die der billigst produzierenden amerikanischen Werke kaum übersteigen dürften.

Die technische Entwicklung hat dazu geführt, das Fertigwalzen in einer Hitze auszubilden, wodurch eine grofse Ersparnis an Brennmaterial und an Arbeitskräften erzielt wird; das setzt aber die Vereinigung von Hochofenwerk, Stahlwerk und Walzwerk in einer Hand voraus. Dadurch sind die Selbstkosten der deutschen gemischten Flufseisenwalzwerke sehr ermäßigt worden, was ihnen einen umfangreichen Export von Halbzeug, Schienen, Schwellen und Trägern, Façoneisen usw. ermöglicht. Allein an Halbzeug wurde in einzelnen Jahren bis 638 000 t (1903) ausgeführt, während die Ausfuhr von Schienen und Schwellen bis auf 535 000 t (1906) stieg. Insgesamt führte lediglich an Walzwerkserzeugnissen Deutschland 1906 nicht weniger als 2 163 000 t aus, dazu 966 359 t

¹⁾ Augenblicklich sind die Roheisensyndikate durch das Vorgehen des Hochofenwerks Kraft bei Stettin gesprengt. So lange wir aber den hohen Roheisenzoll haben, ist deren Neubildung nur eine Konjunkturfrage. Der Stahlwerksverband, der Halbzeug, Schienen, Schwellen, Träger — die sogen. A-Produkte — syndiziert hat, besteht unverändert weiter.

Halbzeug, 409 083 t Roheisen. Sein Roheisenbedarf für die Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren dürfte in 1906 mindestens 5 Millionen t betragen haben, wozu noch rund 300 000 t Eisen in Maschinen, Fahrzeugen und Instrumenten kommen, die einen Roheisenbedarf von nahezu dem dreifachen erfordert haben werden, sodafs man annehmen kann, dafs fast die Hälfte der deutschen Roheisenproduktion in verfeinerter Form zur Ausfuhr gelangt.

Nötigte die Technik dazu, für die Erzeugung der schweren Walzwerksartikel, Schienen, Schwellen, Träger, Façoneisen die Roheisenproduktion mit Stahlwerk und Walzwerk in einem Betriebe zu vereinigen, so war das für die feineren Walzeisenfabrikate: Feinblech, Stabeisen, Draht, kein Bedürfnis. Erst der Schutzzoll zeitigte auch hier die Betriebskonzentration. In den ersten beiden Jahrzehnten kam er meist im Preise weder des Roheisens, noch des Halbzeuges, noch des Fertigfabrikates zum Ausdruck; da die Produktion den inneren Bedarf überstieg, so führte die Konkurrenz zur Bildung eines natürlichen Preisniveaus. Erst als in der Mitte der 90er Jahre sich die Eisenindustrie zu Kartellen zusammenschlofs, gelang es, den Zoll im Preise zum Ausdruck zu bringen. Diese Kartelle wurden aber wohl für Roheisen, Halbzeug, Schienen, Schwellen, Radsätze, Träger, also für die grofsen schweren Massenartikel, die im wesentlichen nur von wenigen „gemischten Werken“ hergestellt werden, gebildet, nicht aber für die verfeinerten Walzwerkserzeugnisse, Stabeisen, Grob- und Feinblech, die auch von den kleinen, sogen. „reinen Walzwerken“ fabriziert werden. Die „gemischten Werke“, die diese Artikel ebenfalls herstellen, haben kein Interesse daran, sie zu kartellieren; einmal wollen sie mit einem Teil ihrer Produktion nicht gebunden sein, sondern freie Hand behalten; des anderen liegt ihnen nichts daran, die Konkurrenz der „reinen Walzwerke“ auf die Dauer zu erhalten. Diese aber, die auf den Kauf von Roheisen und Halbzeug angewiesen sind, müssen dafür die hohen Kartellpreise bezahlen, während die

„gemischten Werke“ sich dieses Material zu den sehr erheblich niedrigeren Selbstkosten berechnen können. Dazu kommt, daß die großen gemischten Eisenwerke sich auch durchweg Kohlengruben angegliedert haben, daher in ihrem Kohlenbezug unabhängig sind, während den kleineren, auf den Ankauf von Kohlen angewiesenen Werken, insbesondere den „reinen Walzwerken“ auch noch der Preis des Brennmaterials durch die Kohlensyndikate stark verteuert wird. Ihre Lage ist deshalb eine überaus traurige. In den Zeiten starker Nachfrage vermögen sie allerdings sich an den dann hoch gestiegenen Preisen ihrer Fertigfabrikate zu erholen, läßt die Konjunktur aber nach, so sinkt deren Preis, zumal in solchen Zeiten die großen gemischten Werke, um sich Beschäftigung zu sichern, die kleinern in Stabeisen und Blechen stark zu unterbieten pflegen. Die Preise von Halbzeug und Roheisen werden aber auch dann von den Syndikaten hoch gehalten. Wird den reinen Walzwerken für den Export allenfalls seitens der Rohstoffsyndikate eine freilich unzulängliche Exportvergütung auf Kohle, Roheisen oder Halbzeug gewährt, so sind sie auf dem inneren Markt doch konkurrenzunfähig; eine Reihe von ihnen haben den Betrieb überhaupt aufgeben müssen, andere sind zu billigen Preisen in den Besitz der großen gemischten Werke übergegangen. Heute sind die „reinen Walzwerke“ durch die Not der Zeit und die Preispolitik der Kartelle Freihändler geworden. Sie erstreben die Aufhebung der Eisenzölle, weil sie dann in der Lage sein würden, Roheisen und Halbzeug ohne Zollvertauung aus dem Auslande zu beziehen und den Wettbewerb mit den großen „gemischten Werken“ wieder aufzunehmen. Ohne Beseitigung der Zölle sind sie rettungslos dem Untergang geweiht.

Die Syndikate der Eisenindustrie sind aus den Eisenzöllen erwachsen, die nicht den Schutz der Schwachen herbeigeführt haben, sondern sie ruinieren. Sie führen zu Kartellen, zur Vertrustung, zu den gemischten Riesenbetrieben.

Diese Entwicklung liegt auch nicht im Interesse der in der deutschen Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter. Die Preispolitik des Stahlwerksverbandes führt dazu, daß Halbzeug — Ingots, Knüppel, Platinen, — aber auch Träger, Façoneisen, Walzdraht und gewisse syndizierte Blechsorten wesentlich billiger an das Ausland verkauft werden als an die inländischen Weiterverarbeiter. Die belgische Drahtstiftindustrie z. B. ist im wesentlichen entstanden, weil die deutschen Drahtwalzwerke ihr das Material soviel billiger lieferten, als den heimischen Drahtstiftfabriken. Manche englische Blechwalzwerke leben von dem Bezug des billigen deutschen Halbzeuges.

Schrieb doch das Iron and Steel Trades Journal, eine der ernsthaftesten englischen Fachzeitschriften am 14. November 1903:

„Der Import von deutschem Halbzeug allein im Hafen von Newport hat im letzten Jahre 200 000 t betragen; der größte Teil ist natürlich aufgenommen worden von den großen Werken in Newport, von den Herren Lysaghts, Nettlefolds and Baldwins. Die Werke von Lysaghts sind wahrscheinlich die größten Verbraucher von deutschem Halbzeug im Vereinigten Königreich und beschäftigen Tausende von Arbeitern auf ihren Werken mit dem Auswalzen von deutschen Platinen zu Schwarzblechen, d. i. Feinblechen, welche nachher gewellt, verzinkt und direkt wieder von Newport in alle Teile der Welt versandt werden. Die Differenz im Preise zwischen dem deutschen und britischen Halbzeug beträgt am Verbrauchsort 10—12 $\frac{1}{2}$ Schilling pro t, und der Import dieses billigen Halbzeuges ermöglicht es allein den Fabrikanten, ihren Handel aufrechtzuerhalten und auf dem Weltmarkt zu kämpfen.“

Und gleichzeitig klagten die deutschen Feinblechwalzwerke, daß in Antwerpen die Platinen mit 75,— *M* verkauft würden, während sich der Inlandspreis um 19,— *M* höher stelle; sie wiesen nach, daß, wenn ihnen bloß für den Export das Halbzeug

ebenso billig wie dem Ausland geliefert worden wäre, sie allein mindestens 130 000 t Halbzeug mehr verarbeitet haben würden und nicht nötig gehabt hätten, Arbeiter zu entlassen.

Ganz ähnlich lag die Sache im Walzdraht, worüber die Handelskammer zu Düsseldorf in ihrem Jahresbericht pro 1902 berichtete:

„In Walzdraht machte sich der englische Wettbewerb geltend, weil deutsche Werke den englischen das Halbzeug zu so billigen Preisen lieferten, daß die Engländer den Draht weit billiger herstellen können. An den englischen Verbrauchsplätzen war deutsches Halbzeug dauernd 10 Schilling pro t billiger als englisches, was zur Folge hatte, daß die deutsche Ausfuhr von Fertigdraht erheblich zurückging.“

Und die deutschen Drahtziehereien und Drahtstiftfabriken klagten, daß sie gegen die holländische und belgische Konkurrenz nicht aufzukommen vermöchten, da diesen der Walzdraht von den deutschen Walzdrahtwerken soviel billiger geliefert würde als ihnen; diese aber entschuldigten das wiederum damit, daß sie nicht andere Preise auf den auswärtigen Märkten bekommen könnten, da aus amerikanischen und deutschen Knüppeln in England gewalzter Draht in Holland und Belgien so billig angeboten werde.

Der Vorsitzende von Palmer Shipbuilding and Iron Company in Newcastle, die neben dem Schiffbau sogar eigene Hochöfen und Stahlwerke hat, sagte:

„Hinsichtlich der Preisschleuderei der deutschen Fabrikate muß ich gestehen, daß wir Schiffbauer an der Nordostküste uns gratulieren können, das beste Material der Welt so billig kaufen zu können, und trotzdem wir in unserem Interesse als Stahlfabrikanten, die wir selbst Bleche und Winkeleisen fabrizieren, dagegen sein müßten, daß Bleche und Winkel verschleudert werden, müssen wir doch dem Auslande als Schiffbauer sagen:

„Schleudert, so lange Ihr könnt!“ Als eine Tatsache führe ich an, daß in den letzten 3 Jahren wir sehr häufig deutschen Stahl, sowohl Stahlfaçonstücke, wie deutsches Halbzeug zu Preisen kauften, die 30 v. H. unter dem Preise für ähnlich gute Fabrikate englischen Ursprungs sind. Dies hat uns in sehr vielen Fällen einzig und allein in den Stand gesetzt, Aufträge auf Schiffbauten hineinzunehmen, die wir sonst hätten verlieren müssen.“¹⁾

Zu derselben Zeit klagten die deutschen Seeschiffwerften, daß ihnen Bauaufträge entgingen, weil sie trotz genauester Kalkulation 20 v. H. teurer offerieren müßten, als die britischen Werften, denen das Material von den deutschen Eisenwerken soviel billiger geliefert würde; und der deutsche Binnenschiffahrtsbau kann sich gegenüber der holländischen Konkurrenz schon deshalb nicht entwickeln, weil diese die deutschen Bleche und Winkel um 15 bis 25 *M* per t billiger bekommt als er.²⁾

Schließlich klagten in der Deutschen Industriezeitung, dem Organ des hochschutzzöllnerischen Zentralverbandes deutscher Industrieller, die großen deutschen Fabriken von Lokomotiven und Lokomobilen, daß sie auf dem Weltmarkt gegenüber den englischen Maschinen nur um deshalb so wenig erfolgreich seien, weil ihnen die Materialien durch den Zoll so sehr verteuert würden. Zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit verlangen sie Zollrückvergütung bei der Ausfuhr.

Die Verfeinerung erfordert sehr viel mehr Arbeitskräfte als die Produktion von Roheisen und Halbzeug und auch von Walzdraht.

Die vom Erzbergbau und Hüttenbetrieb lebende Bevölkerung machte 1907 in Deutschland insgesamt noch nicht 940 000 Köpfe aus; die von der Metallverarbeitung lebende dagegen 4 620 000!

¹⁾ cf. Deutscher Reichsanzeiger vom 26. Januar 1904, Bes. Beil. S. 20.

²⁾ cf. Kontraktor. Verhandl. üb. d. Halbzeugverband.

Unsere ganze Maschinenindustrie produziert teurer als die englische, weil sie ihr Material höher bezahlen muß als jene. Wenn sie trotzdem diesen hohen Stand erreicht hat und außerordentlich exportkräftig erscheint, so hat das seinen Grund in dem intensiven Zusammenarbeiten von Wissenschaft und Technik in Deutschland, in der vorzüglichen Ausbildung der deutschen Ingenieure auf unseren deutschen Hochschulen. Insbesondere ist es ja die Elektrotechnik, die dadurch jenen hohen Aufschwung genommen hat, der sie als die erste der Welt erscheinen läßt.

Dieses Zusammenarbeiten von Wissenschaft und Technik hat auch die bedeutenden Erfolge der großen chemischen Industrie gezeitigt, die gerade auf ihrem glänzendsten Gebiet der Farbenchemie jedes Schutzzolles entbehrt und damit den schlagenden Nachweis erbracht hat, daß die deutsche Industrie der Krücken eines solchen nicht bedarf. Freilich einem Zweige der chemischen Industrie, der Sodaindustrie, wird dieser Zoll, wenn auch in etwas verminderter Höhe nach wie vor gewährt; tatsächlich kommt er nur zwei Gesellschaften zugute, welche Riesengewinne einstreichen; Dividenden von 40 v. H. und mehr sind bei ihnen die Regel, während der gesamte Konsum darunter leidet und die großen Verbraucher von Säuren und Alkalien in der chemischen Farbenindustrie dadurch gezwungen wurden, sich ihren Bedarf durch Eigenproduktion herzustellen. Auch hier wirkt der Schutzzoll wiederum auf die Vereinigung verschiedener Betriebszweige in einem Unternehmen, die ohne ihn kein Bedürfnis ist. Der große kapitalkräftige Produzent kann sich von ihm unabhängig machen, der kleine und mittlere, der nicht in der Lage ist, sich eine eigene Fabrik für seinen Materialbedarf zu schaffen, wird dem großen tributpflichtig; auch hier führt er zu einer ungesunden Konzentration, zum Schutz der Starken, zur Benachteiligung der Schwachen.

Ähnlich liegt das Verhältnis in der Textilindustrie.¹⁾ Der Weber ist nicht in der Lage, den Schutzzoll im Preise des Gewebes zum Ausdruck zu bringen, da die innere Konkurrenz das verhindert; wohl aber können das die kartellierten Spinnereien, zumal die heimische Spinnerei den Bedarf an Garnen, sei es aus Seide, Wolle, Leinen oder Baumwolle — von wenigen Spezialitäten abgesehen — nicht zu decken vermag. Die Wirkung war auch hier, daß sich große Webereien eigene Spinnereien und große Spinnereien eigene Webereien bauten, daß auch hier gemischte Betriebe entstanden.

Das trockene deutsche Klima mit seinen starken Temperaturschwankungen ist der Feinspinnerei nicht günstig. Man muß, um ein brauchbares Feingespinnst zu erzielen, künstlich eine feuchtwarme Luft in den Feinspinnereien herbeiführen, was nur mit Aufwendung unverhältnismäßig hoher Kosten möglich ist. Die deutsche Feinspinnerei hat sich darüber auch nur wenig entwickelt. Statt auf eine Produktion, für welche die natürlichen Bedingungen im Lande nicht gegeben sind, zu verzichten und den Webern das benötigte Feingarn ohne Zollverteuerung zugänglich zu machen, sind im neuen Zolltarif die Zollsätze für Feingarne weiter progressiv erhöht worden, während sie beispielsweise für eindrähtige rohe oder gedämpfte Baumwollgarne bis Nr. 11 nur 6,— *M.*, von 11—17 bereits 8,— *M.*, von 18—22 schon 11,— *M.* betragen, erreichen sie für Nr. 47—63 schon 22,— *M.*, von 63 bis 83 gar 25,— *M.*, von 83—102 28,— *M.*, und über 102 sogar 40,— *M.* Trotzdem mußten wir von diesen Garnen über Nr. 47 noch im letzten Jahre 166 333 dz einführen. Die deutsche Textil-

¹⁾ Auch in der Textilindustrie überragt das Verarbeiterinteresse weitaus das der Spinnerei. Von der Zubereitung und Spinnerei der Spinn- und Flechtstoffe lebten 1907 in Deutschland 369 500 Personen, von der Weberei, Wirkerei, Strickerei, Häkelei, Posamentenfabrikation, Bleicherei und Färberei dagegen 1514 625, also mehr als viermal soviel.

industrie müßte im wohlverstandenen eigenen Interesse einmütig für den Freihandel eintreten, denn selbst den Spinnern, die die Garnzölle im Preis des Fabrikats zum Ausdruck bringen können, macht dieser Vorteil nicht so viel aus, als die Verteuerung ihrer Produktionskosten durch die Zölle auf Spinnmaschinen, auf Bleichmittel und vor allen Dingen auf Lebensmittel beträgt, durch die die Löhne stark gesteigert werden, oder, was dasselbe ist, durch die infolge ungenügender Ernährung die Arbeiterleistung herabgedrückt wird.

Wenn auch Weberei, Wirkerei und Strickerei ihre Stühle und Maschinen, ohne daß sich der Schutzzoll verteuern bemerkbar machte, aus dem Inland beziehen, so macht für sie bei der ausschlaggebenden Rolle, die die Arbeitslöhne in dieser Industrie spielen, die Lohnverteuerung doch um so mehr aus. Dazu tritt, daß durch die teureren Lebensmittel die Kaufkraft der breiten Massen für Webwaren stark eingeschränkt wird. Es ist beobachtet worden, daß selbst in den vorwiegend landwirtschaftlichen Gegenden der Absatz baumwollener Webwaren immer dann am lebhaftesten war, wenn die Getreidepreise niedrig waren; in verstärktem Maße ist das natürlich in den Städten und Industriegegenden der Fall.

Was von der Webwarenindustrie gilt, gilt eigentlich auch für alle anderen Industriezweige, sowie für Handwerk und Handelsgewerbe. Allen diesen Kreisen werden die Produktionskosten durch die hohen Lebensmittelpreise verteuert, wird die Kaufkraft ihrer Kundschaft beschränkt.

III.

Der Verlust Deutschlands durch unwirtschaftliches Anlegen von Kapitalien und unrichtige Beschäftigung infolge der Schutzzollpolitik.

Der hauptsächlichste Nachteil durch unwirtschaftliche Kapitalanlage infolge der Schutzzölle ist die künstliche Erhaltung des Großbetriebes in der Landwirtschaft in seiner übermäßigen Ausdehnung bzw. die ungesunde Ausdehnung des Getreidebaues. Bereits S. 3 ist ziffermäßig die gewaltige Zunahme des Getreidebaues und seines Schattens des Kartoffelbaues dargelegt worden, die nur zum kleineren Teil auf Änderung der Bewirtschaftung, zum größeren auf Inangriffnahme verhältnismäßig unfruchtbarer Böden, Weiden und Hutungen zurückzuführen ist. Von 1883 auf 1900 vermehrte sich das mit Getreide und Hackfrüchten bestellte Ackerland um 977 600 ha, verminderten sich die Weiden und Hutungen um 718 400 h. Das ist nur scheinbar ein wirtschaftlicher Fortschritt, in Wirklichkeit ist er nach dem Gesetz von abnehmenden Bodenenerträge ein Rückschritt, da der Getreidebau auf diesen Böden nur mit wesentlich vermehrten Kosten und unter Aufwendung vermehrter Arbeit also unwirtschaftlich geführt werden kann. Wie S. 3 erwähnt, beruhte die Notlage landwirtschaftlicher Betriebe, wo eine solche in Deutschland bestand, fast stets auf der übermäßigen Ausdehnung des Getreidebaues, auf der Einschränkung des Wiesenbaues und auf zu geringem Anbau von Futterpflanzen. Allerdings haben auch die Wiesen eine Vermehrung von 1883 auf 1900 um 52 820 ha die mit Futterpflanzen bestellten Flächen eine

solche von 252 000 ha — überwiegend auf Kosten des Baues von Handelsgewächsen — erfahren, doch steht das in keinem Verhältnis zum Rückgang der Weiden und Hutungen.

Für einen Industriestaat wie Deutschland ist die Entwicklung zum stark Vieh haltenden, den Gemüse und Obstbau kultivierenden Kleinbetrieb das Natürliche und wirtschaftlich Gegebene. Die Viehzucht aber wurde durch die künstliche Beförderung des Getreidebaues und damit des landwirtschaftlichen Großbetriebes einerseits, durch die Verteuerung der Futtermittel — in erster Linie des Futtergetreides — andererseits erschwert und vermochte mit dem Fortschritt der Bevölkerung nicht entfernt Schritt zu halten. In noch höherem Mafse gilt dies von der Geflügelzucht, die auf der Körnerfütterung beruht. Dadurch, dafs schliesslich das Volk so viel mehr für seine Brotstoffe ausgeben mufs, ist seine Kaufkraft für die ebenfalls so erheblich verteuerte Fleischnahrung, noch mehr aber für Gemüse und Obst geschwächt, deren Bau denn auch für ein industriell so hoch entwickeltes Land wie Deutschland auffallend zurückgeblieben ist.

Der jährliche unwirtschaftliche Mehraufwand in der landwirtschaftlichen Produktion Deutschlands ist auf hunderte von Millionen Mark zu veranschlagen.

Unter dem Schutz eines nahezu prohibitiven Branntweinzolles und einer die landwirtschaftliche Kartoffelbrennerei aufs Unerhörteste begünstigenden Branntweinsteuersystems wird diese künstlich da erhalten oder gar erst selbst da hervorgerufen, wo sie nur mit Verlust betrieben werden kann, der eben lediglich durch die hohen Geschenke, die das Reich den Brennern aus den Taschen der Konsumenten gewährt, in einen — oft auch nur geringen — Gewinn verwandelt wird. Diese Begünstigung der landwirtschaftlichen Brennerei ist wiederum ein Mittel zur künstlichen Erhaltung der ungesunden Ausdehnung des Großgrundbesitzes. Durch diese agrarische Steuergesetzgebung wird auch eine Ex-

portprämie auf ausgeführten Spiritus gewährt, der tatsächlich nur unter den Selbstkosten ausgeführt werden kann. Durch ähnliche Prämien wird die technische Verwendung von Spiritus im Inland auch da begünstigt, wo sie kein Bedürfnis ist.

Der Anbau von Tabak kann nur durch einen außerordentlichen Schutzzoll — die Inlandssteuer beträgt für getrocknete Tabakblätter 40 *M* pro dz, der Zoll für ausländischen dagegen 85 *M* und bei der geplanten stärkeren Belastung ist eine erhebliche Vergrößerung der Spannung vorgesehen — aufrecht erhalten werden.

Lange Zeit war durch den hohen Zuckerzoll die Möglichkeit zur Kartellierung der Zuckerindustrie und zum Schleuderexport von Zucker gegeben, der erst durch die Reduzierung des Überzolls auf 6 frs. p. 100 kg durch die Brüsseler Zuckerkonvention beseitigt wurde.

In der nichtlandwirtschaftlichen Industrie ist es namentlich die kartellierte Hochofen- und Stahlwerksindustrie, die die Zölle ausnutzen kann und dadurch zu unwirtschaftlichen Kapitalsinvestitionen Anlaß gibt. Ohne die Roheisenzölle würden die Hochofenwerke an der See kaum jemals gegründet worden sein; zum Teil ist das überhaupt wohl lediglich zu dem Zweck geschehen, um sich von der erdrückenden Herrschaft des Kartells frei zu machen; freilich bestehen solche Anlagen erst, so suchen sie die durch den Zoll und die Kartelle geschaffene Situation möglichst für sich auszunutzen. Bei manchen Industrie Gründungen an der Küste ist es recht zweifelhaft, ob sie auch unter dem Zollschutz ihr Dasein werden fristen können; es handelt sich hierbei nicht nur um Hochofenwerke, sondern auch um Stahlwerke und Verfeinerungsindustrie, die aus der Idee der staatlichen Förderung heraus, auf Anregung höherer Staatsbeamter und nicht aus der Initiative der Unternehmer selbst entstanden sind.

Die Verteuerung, welche eingeführte Maschinen durch den Zoll erfahren, hat vielfach dazu geführt Spezialmaschinen in Deutschland zu bauen, an denen viel Geld verloren wurde, bis es gelang der Kinderkrankheiten bei ihrer Fabrikation einigermaßen Herr zu werden. Der inländische Absatz lohnt aber schliesslich häufig die aufgewandten grossen Kosten nicht. Unter der Herrschaft des Freihandels würde man statt dessen solche Maschinen aus dem Ausland bezogen und diesem dafür Maschinen gesandt haben, die der deutsche Maschinenbau besser und wirtschaftlicher herzustellen vermag. Gerade die Massenherstellung ein und derselben Maschine, die sich dadurch überaus billig produzieren lässt, wird durch das Schutzzollsystem verhindert, das einmal die natürlichen Absatzgebiete durch Zollschranken einengt, andererseits in den Schutzzollländern die Produktionskosten in die Höhe treibt.

Die künstliche Züchtung der Feinspinnerei in Deutschland, wo die klimatischen Bedingungen dafür fehlen, sie demnach stets teurer produzieren wird, als beispielsweise in Gross-Britannien und Irland, ist bereits S. 28 erwähnt.

Nicht selten wird durch Industriezölle aber auch eine Fabrikation in Deutschland noch künstlich erhalten, die, da sie nur niedrige Arbeiterlöhne verträgt, zweckmässig allein in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern mit niedrigen Löhnen und billigerer Lebenshaltung zu betreiben ist, wie z. B. die Handschuhnäherei. Die in einer solchen Industrie Beschäftigten würden besser zu einer höher gelohnten Arbeit übergeführt werden, was in Deutschland, wo die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften fast ständig das Angebot überwiegt, nicht schwer halten würde.

Die Wäschefabrikation wiederum, die auf den Export angewiesen ist und die feinen irischen Leinen nicht entbehren kann, wird in ihrer Ertragsfähigkeit beeinträchtigt, was natürlich auch wieder auf die darin gezahlten Löhne nachteilig einwirkt.

Die deutschen Schirmstoff- und Schuhstofffabrikanten können beispielsweise gewisse englische Garne nicht entbehren. Sie müssen sie trotz des Zolles beziehen und wird dadurch schließlic auch die deutsche Schirmindustrie in ihrer Exportfähigkeit beeinträchtigt.

Der deutschen Lederindustrie werden durch den Schutzzoll auf Gerbstoffe, der im Interesse einer höheren Verwertung der Eichenrinde eingeführt worden ist, die Produktionskosten wesentlich verteuert und wird dadurch die Einfuhr von Leder und Lederwaren begünstigt, deren Ausfuhr erschwert und der Eichenschälwald künstlich noch da erhalten, wo der Übergang zu anderen Betriebsformen das Gegebene ist.

So ließen sich viele hunderte von Beispielen aufführen.

Das Schutzzollsystem verhindert die volkswirtschaftlich wünschenswerte Teilung der Arbeit zwischen den Nationen, die für die betreffende Arbeit die günstigsten Vorbedingungen haben.

IV.

Die Schädigung der Volksgesundheit durch die Lebensmittelzölle.

Die Höhe der Belastung des Haushaltbudgets durch die Schutzzollpolitik ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Nach ziemlich sorgfältigen Erhebungen über den Verbrauch von Brot und Mehl in zahlreichen Arbeiterfamilien nimmt man an, daß jede Mark Getreidezoll pro Kopf der Bevölkerung durchschnittlich eine Belastung von 1,80—1,85 *M* ausmacht. So hoch wird sie selbst von agrarischer Seite — Professor Sering, Berlin — berechnet. Das macht bei dem Zoll von 5,— *M* pro 100 kg Roggen und 5,50 *M* für Weizen auf den Kopf ungefähr 9,50—10 *M*, für die fünfköpfige Familie rund 47,50—50 *M* aus. Nach dem Gesamtverbrauch von Getreide nach Abzug der Aussaat würde er sich freilich noch höher stellen, da ein Teil des Getreides zur Viehfütterung und zu gewerblichen Zwecken — Branntweimbrennerei, Bierbrauerei usw. — verwandt wird, was indirekt auch den menschlichen Konsum zugute kommt. Die Belastung durch den Getreidezoll wirkt nun außerordentlich verschieden, je nach dem Einkommen der Arbeiterfamilie und je nach der Zahl der nicht erwerbsfähigen Kinder; er ist demnach das Ideal einer Steuer, wie sie nicht sein soll, denn sie belastet am meisten die, die es am wenigsten vertragen können.

Zu der Brotsteuer tritt aber auch noch die Verteuerung der anderen Lebensbedürfnisse, zunächst die Vieh- und Fleischzölle. Nach amtlichen Schätzungen beträgt der durchschnittliche Fleisch-

verbrauch pro Kopf in Deutschland 45 kg. Der Zoll für Fleisch — lebendes Vieh wird aus veterinären Gründen nur in verschwindendem Maße hereingelassen — macht 27—35 *M* aus; bei einem Fleischverbrauch der fünfköpfigen Familie von 225 kg würde der Zoll von 27,— *M* rund 61,— *M* ausmachen. Bei der Annahme eines durchschnittlichen Zolles von 30,— *M* sogar 67,50 *M*. Nun ist anzunehmen, daß der Fleischverbrauch der Arbeiterbevölkerung erheblich unter dem Durchschnitt bleibt, da das Fleisch für sie zu teuer ist, und daß er verhältnismäßig um so geringer ist, je niedriger das Einkommen und je zahlreicher die Familie ist.

Der Vergleich zahlreicher Arbeiterbudgets hat ergeben, daß die Eiweißaufnahme in der Arbeiterfamilie meist nicht die Höhe erreicht, die von der Wissenschaft als notwendiges Minimum verlangt wird. Von 28 durch Rechenberg auf ihre Ernährungsverhältnisse untersuchten Zittauer Handweberfamilien entsprachen nur 4 den Anforderungen an ausreichende Ernährung. Fleisch wurde da nur in minimalen Mengen genossen, etwa der 12. Teil dessen, was eine medizinische Autorität wie Voit als unbedingt erforderlich bezeichnet. Ist das allerdings eine schlecht gelohnte Schicht von Arbeitern, so ergab sich doch auch bei badischen Zigarrenarbeitern mit einer durchschnittlichen Einnahme von 1 064 *M* nur bei den wenigsten eine ausreichende Fleischnahrung. Dafür spielt der Kartoffelverbrauch im Arbeiterhaushalte eine sehr bedeutende Rolle. Innerhalb 71 Familien badischer Arbeiter der verschiedensten Klassen ergab er durchschnittlich pro Person und Tag 0,625 kg und die erwachsenen Personen konsumierten sogar am Tage über 1 kg Kartoffeln; im Osten Deutschlands ist die Kartoffelnahrung noch wesentlich höher:

Alle diese Erhebungen wurden aber vor Eintritt der neuen Zollerhöhungen gemacht. Mit der starken Verteuerung von Brot, Fleisch und allen tierischen Nahrungsmitteln dürfte der Konsum

der billigeren pflanzlichen Nahrungsmittel auf Kosten der ersteren noch gestiegen sein. Wie stark das hinsichtlich des Fleischkonsums der Fall gewesen sein muß, ergibt sich ja bereits aus dem außerordentlichen Rückgang der Schlachtungen in den Jahren der Fleischnot, wie er auf Seite 58 angegeben ist. Dabei muß bedacht werden, daß die wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung ihren Fleischkonsum nicht einschränkten, in um so stärkerem Maße aber die ärmere Bevölkerung; gerade in den Industriebezirken und in den Arbeitervierteln der Großstädte war der Rückgang des Fleischkonsums ein geradezu erschreckender.

Eine Einfuhr von Schweinen ist nur aus Rußland bis zur Höchstzahl von wöchentlich 2500 Stück nach den Schlachthäusern des oberschlesischen Industriebezirks zur sofortigen Abschachtung und ebenso aus Österreich-Ungarn bis zur Höchstzahl von wöchentlich 1539 Stück nach einigen Grenzschlachthäusern an der bayrischen und sächsischen Grenze gestattet. Eine Ausfuhr des aus diesen Tieren geschlachteten Fleisches über den engeren Bezirk dieser Schlachthäuser hinaus ist nicht erlaubt. Die Schweinezucht Deutschlands hat sich unter dieser fast vollständigen Verhinderung der Einfuhr allerdings stark gehoben; sie betrug 1892: 12 174 400, 1897: 14 247 600, 1900: 16 807 000 und 1904: 18 920 700 Stück.

Der Fleischkonsum hat aber außerordentlichen Schwankungen unterlegen.

Beispielsweise betragen die Rinderschlachtungen im II. Semester 1905: 1 910 903 Stück, im II. Semester 1906 aber nur 1 822 030 Stück, die Kälberschlachtungen gingen gleichzeitig von 2 073 171 auf 1 901 384, die von Schweinen im II. Sem. von 1904 auf 1906 von 7 912 619 auf 7 122 266 Stück zurück, im II. Sem. 1905 betragen die Schweineschlachtungen gar nur 6 505 432, also 1 407 000 Stück weniger als im zweiten Halbjahr des Vorjahres. Dabei muß erwogen werden, daß die Bevölkerung Deutschlands

schon damals jährlich um zirka 850 000—910 000 Seelen zunahm, also eine wesentlich vermehrte Zahl von Schlachtungen bedingt hätte. Der Fleischkonsum nahm noch wesentlich stärker ab, als sich aus dem Rückgang der Schlachtungen ergibt, da in den Fleischnotjahren außerordentlich schlecht genährtes und unreifes Vieh geschlachtet wurde. In den letzten Quartalen 1908 wiesen die Schlachtungen wieder eine Zunahme auf; nachdem aber neuerdings wieder ein weiteres Anziehen der Fleisch- und Viehpreise stattfindet, dürfte der erneute Rückgang des Fleischkonsums die unabwiesbare Folge davon sein.¹⁾

Werden davon in erster Linie die ärmeren Bevölkerungsklassen betroffen, so wirkt die Teuerung doch auch auf die besser situierten Klassen des Mittelstandes höchst empfindlich ein. Nach den ausgezeichneten Untersuchungen von Henriette Fürth über das Haushaltsbudget einer Frankfurter Familie mit einem Jahreseinkommen von zirka 10 000 *M.*, die sich allerdings aus 6 erwachsenen Personen zusammensetzte, ergibt sich, daß die steigenden Preise aller tierischen Erzeugnisse gleichzeitig mit hohen Brot- und Kartoffelpreisen zu einer wesentlichen Verschlechterung der Ernährung führten, daß also selbst in einer Familie mit relativ so hohem Einkommen sich die Teuerung nicht bloß lästig, sondern, wie aus den dortigen Untersuchungen zweifellos hervorgeht, gesundheitsschädlich bemerkbar machte. Nun muß noch weiter betont werden, daß die Schutzzoll- und Agrarpolitik sämtliche Lebensmittel im Preise gesteigert hat, und daß die durchschnittliche Preiserhöhung, die durch sie herbeigeführt worden ist, auf zirka 30 v. H. zu veranschlagen ist. Bei Weizen und Roggen²⁾ macht sie sogar noch mehr aus, bei

¹⁾ Im I. Quartal 1909 ist denn auch der Verbrauch von Schweinefleisch gegenüber dem gleichen Quartal 1908 um fast 0,5 kg pro Kopf, in Berlin sogar von 12,05 auf 10,49 kg zurückgegangen.

²⁾ Im Jahrzehnt 1894—1903 kostete Roggen unverzollt Berlin im

Fleisch zirka 30 v. H., bei Kaffee 44 v. H. usw. Rechnet man sie durchschnittlich mit 30 v. H., so würde, da in Arbeiterfamilien 52—60 v. H. des Einkommens auf Nahrungsmittel ausgegeben werden müssen, 15—18 v. H. des Einkommens von der Verteuerung durch Zölle verschlungen werden, d. h. der Arbeiter bzw. die erwerbenden Glieder seiner Familie müssen 45—54 Tage im Jahre frohnden, nur um das aufzubringen, um was ihr Lebensunterhalt durch die Zölle verteuert wird. Damit aber noch nicht genug: die künstliche Verteuerung der Lebensmittel hat natürlich auch zu einer solchen aller anderen Lebensbedürfnisse geführt, denn selbstverständlich mußten die Löhne entsprechend der teuren Lebenshaltung gesteigert werden. Beispielsweise sind die Preise oberschlesischer Steinkohlen von 1897—1907 von 8,7 *M* auf 12,— *M* pro t gestiegen. Das verteuert nicht nur der Familie den direkten Kohlenkonsum, sondern auch allen Fabriken die Produktionskosten, und der Konsument muß in dem höheren Preis der Fabrikate die teuren Kohlen bezahlen. Und wie bei Kohlen ist es mit jedem anderen Artikel; schließlic setzt sich der Preis jedes Fabrikates von dem darin enthaltenen Grundrentenwert, bzw. den aus dem Auslande bezogenen Rohstoffen abgesehen, aus Arbeit zusammen. Fabrikarbeiter und Bauarbeiter brauchen höhere Löhne, dadurch wird das Fabrikat und die Wohnung teurer, also muß der Konsument im Preise des Fabrikats und in der Wohnungsmiete wiederum die Verteuerung durch die Lebensmittel bezahlen. Trotz der außerordentlichen Fortschritte, welche die technische Entwicklung gemacht hat, trotz der ge-

Durchschnitt 98,86 *M* pro t. Der Zoll machte also mit 35 *M* 35,4 v. H. aus, 1897—1906 unverzollt 106,5 *M*. Der Zoll von 50 *M* macht demnach 47 v. H. von Wert aus. Weizen kostete 1897—1906 unverzollt Berlin 131,3 *M*. Der Zoll von 55 *M* beträgt also 41,9 v. H. des Wertes. Bei Rind- und Hammelfleisch macht der Zoll von 30 *M* pro 100 kg zirka 30 v. H. des Wertes aus; bei Schweinefleisch zirka 24 v. H.; bei Butter zirka 10 v. H.; bei Käse zirka 22 v. H.

steigerten Brennmaterial-Ökonomie, trotz der fortwährend sich steigernden Verwendung von arbeitsparender Maschinerie sind die Preise fast aller Fabrikate doch wesentlich gestiegen.

Außerordentlich übel ist der Handwerker daran; Preisverabredungen unter Handwerkern sind außerordentlich schwierig; bei der großen Zersplitterung der Produzenten erweisen sich Kartelle unter ihnen fast als unmöglich; der Gedanke der Produktivgenossenschaft hat sich nur in verschwindend wenigen Fällen realisieren lassen. Dagegen sind die Arbeiter koalitiert und infolgedessen in der Lage, höhere Löhne durchzusetzen, die auch der Handwerker, soweit er Hilfskräfte beschäftigt, bezahlen muß. Er ist im Rohstoffeinkauf schlechter gestellt als der Industrielle; soweit er Kredit in Anspruch nimmt, muß er ihn teurer bezahlen als jener; seine Produktionskosten sind also wesentlich gestiegen, sein und seiner Familie Lebensunterhalt verteuert, und gleichzeitig ist die Kaufkraft seiner Kunden geschwächt, denn je mehr diese für Brot, Fleisch, Milch und alle sonstigen Nahrungsmittel ausgeben müssen, um so weniger bleibt ihnen übrig für die Erzeugnisse des Handwerks. Der Anzug, der Stiefel wird immer wieder geflickt und ausgebessert, statt daß ein neuer beschafft wird, die Anschaffung dringend notwendigen Hausgeräts wird hinausgeschoben.

Ganz besonders empfindlich macht sich auch die starke Verteuerung der Milch bemerkbar, namentlich in allen Industriezentren, Groß- und Mittelstädten, um so mehr als die Landwirte vielfach Vereinbarungen über die Milchpreise getroffen haben. Mit dem Zurückbleiben des Bestandes an Kühen hinter der Bevölkerungsziffer, mit dem Ausschluß des milchergiebigem holländischen Viehes ist die Milchproduktion zurückgeblieben, und ein Rückgang des Milchverbrauchs eingetreten. Die höheren Stände haben ihren Milchkonsum gesteigert, nachdem dieser von ärztlicher Seite immer dringender empfohlen wird; die bäuerliche Bevölkerung hat den Verbrauch von Milch, wie von Eiern ganz außerordentlich einge-

schränkt, da der hohe Preis beider sie dazu lockt, ihre gesamte Produktion an den Markt zu bringen und in weiten Kreisen unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung findet nach dem Urteil ärztlicher Autoritäten und genauer Kenner der Verhältnisse eine Unterernährung bezüglich der eiweißhaltigen Stoffe statt, insbesondere von Milch und Eiern. Der Handwerker, Industriearbeiter und kleinere Beamte ist aber ganz außerstande, so viel dafür auszugeben, als eine rationelle Ernährung erfordern würde. Insbesondere leidet die Ernährung der Kinder schwer darunter. Wir finden demnach auch eine relativ hohe Kindersterblichkeit nicht nur in den Großstädten und Industriezentren, sondern auch auf dem Lande.

Die Säuglingssterblichkeit in Deutschland ist denn auch immer noch eine ziemlich hohe.¹⁾ Von 100 lebend Geborenen starben 1905 im ersten Lebensjahre 20,5, im industriereichen Königreich Sachsen sogar 25,7; Österreich und Ungarn mit 21,5 und 23 übertrafen freilich Deutschland noch stark. Dagegen blieben, von Rußland abgesehen, fast alle anderen Staaten hinter Deutschland weit zurück, so Italien mit 16,1, die Schweiz mit 12,9, Frankreich mit 14,4, Belgien mit 15,2, Niederlande mit 13,1, Dänemark mit 11,2, Schweden mit 9,3, Norwegen mit 7,6, England mit Wales mit 12,8, Schottland mit 12,3 usw.

Dafs hierbei die Ernährungsverhältnisse der Eltern eine wesentliche Rolle spielen, geht zunächst daraus hervor, dafs die Säuglingssterblichkeit der unehelichen Kinder 32,6 gegen 19,4 der ehelich geborenen beträgt; des weiteren daraus, dafs sie in den Jahren 1886—88 in Preußen in der Klasse der Selbständigen 21,3,

¹⁾ Inzwischen ist die Säuglingssterblichkeit in Deutschland weiter zurückgegangen auf 18,5 in 1906 und 17,6 in 1907, die der unehelichen auf 29,4 und 28. Das ist hauptsächlich der zunehmenden sanitären Fürsorge in den Städten und der günstigen Beschäftigungslage in diesen Jahren zu danken. Auch der allmähliche Rückgang der Geburtenziffer wirkt auf die Säuglingssterblichkeit günstig ein.

in der der Gehilfen 22,5 und in der der Tagelöhner 25 betrug. In den nördlichen und östlichen Teilen Berlins, die vorwiegend von der ärmeren Arbeiterbevölkerung bewohnt sind, ist sie namentlich in den heißen Sommermonaten 2—2 $\frac{1}{2}$ mal so groß, als in den westlichen Stadtteilen und Vororten, in denen die wohlhabende Bevölkerung ansässig ist.

In den Jahren 1903—1905 mit den teuren Lebensmittelpreisen und schlechtem Beschäftigungsgang war die Säuglingssterblichkeit wieder im Zunehmen; von 17,3 der ehelichen Kinder in 1902 war sie auf 19,3 in 1903 gestiegen und hatte in 1904 und 1905 18,6 und 19,4 betragen; für die unehelich Geborenen betragen gleichzeitig die Zahlen; 29,3—32,7—31,4—32,6.

In den günstigen Konjunkturjahren 1906 und 1907 ging sie auf 17,5 und 16,6 bei den ehelichen und 29,4 und 28 bei den unehelichen zurück.

Die Gesamtsterbeziffer ist im Laufe der Jahrzehnte in Deutschland erheblich zurückgegangen. Nimmt man die Feldzugsjahre 1866 und 1870 aus, so erreichte sie ihre größte Höhe 1852 mit 29,9, sank in Schwankungen bis 1860 auf 24,8, um dann bis 1875 um 29 herum zu bleiben. 1886 war sie erst auf 27,6 zurückgegangen und hielt sich dann bis 1893 fast stets über 25, so 1893 noch auf 25,8. Mit dem infolge der Caprivischen Handelsverträge (1894) einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung sank sie sofort auf 23,5 und weiter bis 21,7 in 1898, um dann in dem Teuerungsjahr 1900 wieder auf 23,2 zu steigen und sich in den nächsten Jahren um 20,7 herum zu bewegen, um 1906 auf 19,2 und 1907 auf 18,98 zurückzugehen.

An diesem starken Rückgang der Sterbeziffer gebührt das Hauptverdienst zweifellos den außerordentlichen hygienischen Fortschritten namentlich in der Wasserversorgung und Kanalisation, in Verbesserung der Vorflut und der Bauordnungen, ebenso den Fortschritten der medizinischen Wissenschaft in der erfolgreichen

Bekämpfung epidemischer Krankheiten, wie Diphtheritis, Typhus, Scharlachfieber, Kindbettfieber usw. Des weiteren hat dazu beigetragen der Ausbau der Krankenversicherung und die damit in Zusammenhang stehende, bessere ärztliche Versorgung der Arbeiterbevölkerung in Krankheitsfällen und bei Unfällen.

Unzweifelhaft — und das wird von ärztlicher Seite willig anerkannt — hat aber auch die mit der Caprivischen Handelsvertragspolitik einsetzende, reichliche und lohnende Beschäftigung sehr wesentlich an diesem günstigen Ergebnis mitgewirkt, um so mehr als Hand in Hand damit während längerer Jahre eine Ermäßigung der Getreidepreise ging.

Im Verhältnis zu anderen Kulturstaaten ist die Sterbeziffer in Deutschland selbst noch immer sehr hoch. Sie betrug 1906 bei der Schweiz 17,9, bei Belgien 16,9, Holland 15,3, Dänemark 14,8, Schweden 15,6, Norwegen 14,7, England und Wales 15,2, Schottland 15,9, Irland 17,1. Bei Frankreich und Italien, die ebenfalls eine Brotverteuerungspolitik treiben, war sie mit 19,6 und 20,9 nahezu so hoch wie in Deutschland (20,8); Österreich mit 23,7, Ungarn mit 27,8, Spanien mit 25,8 und Rußland mit 32,1 übertrafen dagegen Deutschland noch bei weitem. Die Industriestaaten, welche Lebensmittel gar nicht oder nur ganz verschwindend belasten, wie Großbritannien, Belgien und die Schweiz stehen sehr viel besser da als die Industriestaaten mit Schutzzöllen.

Die Krankheit, der durch gute Ernährung am wirksamsten vorgebeugt werden kann, ist die Tuberkulose der Lungen. Es starben daran in Preußen 1872—1881 auf 1 Million Einwohner jährlich durchschnittlich 3170 Menschen, 1887—1893 2715, 1894 bis 1897 2245 und 1904 nur noch 1826,¹⁾ also ein Rückgang von 1344 Todesfällen jährlich auf eine Million Lebender im Verlauf von 30 Jahren. Aber auch hier war der Rückgang am stärksten

¹⁾ Inzwischen ist ein weiterer Rückgang auf 1797 in 1905, 1629 in 1906 und 1596 in 1907 eingetreten.

in der Ära der Caprivischen Handelsverträge. Freilich in dem Freihandelsland England war er noch wesentlich stärker. Dort starben daran auf 1 Million Lebender 1872—1880 2216, in der Periode 1882—1886 jährlich 1803, in der von 1887—1893 nur 1568, in der von 1894—1897 1358 und in 1902 war die Zahl sogar bis auf 1232 gesunken. Betrug der Rückgang von 1871 bis 1902 in Deutschland fast 40 v. H., so in England 44,3 v. H. Auch heut steht in der Sterblichkeit an Lungentuberkulose Deutschland noch höchst ungünstig in der Reihe der Kulturländer. Die Zahl der erwachsenen Personen, bei denen die Lungentuberkulose so weit vorgeschritten ist, daß sie eine Krankenhausbehandlung erforderlich machen würde, wird in Deutschland auf 200 000 geschätzt. 1898 war bei 18 212 = 12 v. H. unter 151 083 Personen, die Invalidenrente bezogen, Tuberkulose die Ursache der Invalidität.

In Deutschland gibt es große Vereine, die die Tuberkulose bekämpfen, man hat zahlreiche Tuberkulosensanatorien errichtet, aber von Reichswegen wird die Krankheit durch Verteuerung der Ernährung befördert.

Wenn trotz der Zollverteuerung die Sterblichkeitsziffer und speziell auch die an Tuberkulose eine relativ günstige Entwicklung aufweist, so war das, wie erwähnt, auf die seit 1894 einsetzende günstige Wirtschaftskonjunktur und die Hand in Hand damit gehende Steigerung der Löhne zurückzuführen.

V.

Die Einwirkung der Zollpolitik auf den Zinsfuß.

Unter die Ursachen, welche die Produktionskosten der deutschen Industrie in die Höhe treiben, ist auch das teure Geld, d. h. der hohe Zinsfuß für Leihgeld zu zählen. Die moderne Volkswirtschaft beruht auf dem Kredit; die Fälle, wo der Unternehmer ausschließlich mit eigenem statt mit geliehenem Kapital arbeitet, sind selten; und je höher der Zinsfuß ist, den er für die ihm geliehenen Kapitalien zahlen muß, um so nachteiliger wirkt das auf seine Produktionskosten. Vielfach ist von seiner Höhe das Gedeihen des gesamten Gewerbes abhängig. Trotz des Bedürfnisses nach Wohnungen stockt die Bautätigkeit, sobald der Zinsfuß sich längere Zeit auf einer ungewöhnlichen Höhe erhält, denn es dauert vom Erwerb des Landes, ja von Anfang des Baues an meist über Jahr und Tag, bis die Wohnung bezogen werden kann; und die Mieter, welche die Wohnung trocken wohnen, haben zunächst eine Miete zu zahlen, welche die Kosten nicht deckt.

Stockt aber die Bautätigkeit, so wirkt das sehr nachteilig auf die Eisen-, Zement-, Kalk-, Ziegel-, Stein-, Glas- und Holzindustrie, auf das Bauhandwerk mit allen seinen Nebengewerben zurück.

Auch für den Warenhandel, vor allem für Industrie und Handwerk, die das für ihre Materialien und für Löhne verauslagte Geld in dem Erlös der verkauften Fabrikate erst sehr viel später wiedersehen, wirkt ein hoher Zinsfuß außerordentlich nachteilig. Er erstickt den Unternehmungsgeist, denn der Kapitalist begnügt

sich dann mit dem ja immerhin hohen Zinsfuß anderweiter sicherer Kapitalsanlagen, statt sein Geld in ein Unternehmen zu stecken, von dem im voraus nicht mit Sicherheit zu ermessen ist, ob es rentabel sein wird.

Deutschland leidet seit einigen Jahren unter einem sehr hohen Zinsfuß, der sich am deutlichsten im Bankdiskont ausspricht, nach den sich der Zinsfuß für alles andere Leihgeld richtet. Für gewöhnlich ist er um $1-1\frac{1}{2}$ v. H. und mehr höher als in Frankreich und England.

Die Ursachen des hohen Zinsfußes in Deutschland liegen zum Teil in seinem gewaltigen Bevölkerungszuwachs, der im Jahr zwischen 850 000—916 000 beträgt. Rechnet man die Auf- und Erziehungskosten eines Menschen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr, wo er zeitigstens anfangen wird, seinen Lebensunterhalt selbständig zu verdienen, einschliesslich Zinseszinsen, mit 3000 \mathcal{M} —, so erspart Frankreich, dessen Geburten-Überschuss sich wiederholt schon in das Gegenteil verkehrt hat, im Verhältnis zu Deutschland jährlich allein 2,7 Milliarden \mathcal{M} daran. Und um das Wohnungsbedürfnis des Zuwachses zu decken, muß Deutschland jährlich für mehrere Milliarden Mark mehr Wohnungen bauen, wie Frankreich, das nur den Abgang für baufällig gewordene und nicht mehr zeitgemäße zu decken hat.

Die Immobilienfeuersicherungssumme nimmt in Deutschland jährlich um mehr als $5\frac{2}{3}$ Milliarden \mathcal{M} zu, worin freilich auch der Zuwachs an gewerblichen Bauten mit enthalten ist. Die ungesunde Verteilung des Grundbesitzes in Deutschland führt zu einer Entvölkerung des platten Landes, zu einer rapiden Bildung von Groß- und Mittelstädten, die wiederum umfangreiche Anlagen von Strafsen und Strafsenbahnen und infolge der dichten Bebauung kostspielige sanitäre Vorrichtungen wie Kanalisation und Wasserversorgung erheischen, die Frankreich spart. Der Bau von Schulen spielt in Deutschland naturgemäfs ebenfalls eine ganz andere Rolle,

wie denn unser Bevölkerungszuwachs auch sonst weit höhere kommunale Aufwendungen notwendig macht als dort. Und für die Bedürfnisse dieses gewaltigen Menschenzuwachses muß Deutschland ständig Fabriken bauen; einmal um für Kleidung, Wohnung, Hausgeräte dieser Menschen zu sorgen, sodann aber um Waren herzustellen, mit denen es dem Ausland die Lebensmittel und Rohstoffe bezahlen kann, die es durch eigene Produktion nicht zu schaffen vermag.

Wenn Deutschland auch infolge seiner sehr starken Bevölkerung alljährlich ein großes Kapital erübrigen kann, so muß es das doch zum weitaus größten Teil in Wohnungen, Wasserleitung, Kanalisation, Schulen, Fabriken und Verkehrsmitteln anlegen, während Frankreich diesen Überschufs vorwiegend zum Ankauf von Auslandseffekten verwenden kann. Die französische Handelsbilanz balanziert nahezu, die deutsche dagegen ist mit 1750—1800 Millionen *M* passiv. 1906 mußte es 2315 Millionen *M* für Lebensmittel und 4032 Millionen *M* für Rohstoffe ans Ausland bezahlen.

Auch der deutsche Fremdenverkehr bedeutet ein starkes Passivsaldo. Der Deutsche ist reiselustig; die französischen, schweizerischen, österreichischen Alpen, die Tatra, Norwegen, Italien, alles lockt ihn hinaus; und das Leben in diesen Auslandsorten ist verhältnismäßig wohlfeiler als im Inlande, wo durch Zölle und Viehsperren alles aufs höchste verteuert wird. Der Franzose aber geht wenig ins Ausland.

Es ist aus allem diesen begreiflich, daß Frankreich ständig große Guthaben im Auslande besitzt, daß es kaum jemals in die Lage kommt, zu irgend einer Zeit an das Ausland mehr zahlen zu müssen, als es von ihm gleichzeitig zu fordern hat. Es kann seinen Verpflichtungen ständig durch Verrechnung, schlimmstenfalls einmal durch Hergabe eines kleinen Teils seines Besitzes an ausländischen Effekten decken.

Ist Frankreichs Reichtum der eines gutsituierten Rentners, der von seinen Renten lebt und ständig Bargeld zur Verfügung hat, so der Englands eines Geschäftsmannes, dessen Reichtum den jenes Rentners zwar außerordentlich übersteigt, der aber sein Geld stets im Geschäft arbeiten läßt, dadurch sehr viel mehr daran verdient, aber, da er auch mit fremdem Geld arbeitet, unter Umständen mehr dafür bezahlen muß als jener. England ist der Bankier, der Geschäftsvermittler, der Frachtführer der ganzen Welt, der größte Gläubiger und der größte Versorger mit Waren. Es ist das größte Exportland für Industrieerzeugnisse; seine Ausfuhr dürfte 1907 9 Milliarden \mathcal{M} erreicht haben, und ca. 1,2 Milliarden \mathcal{M} mehr betragen haben, als 1906. Englands Diskontsatz ist infolge der gewaltigen geschäftlichen Tätigkeit ständig größeren Schwankungen unterworfen als der französische, aber er ist immer bedeutend niedriger als der deutsche, da es eben auch stets große Forderungen ans Ausland hat, die es verrechnen kann. Die Zahlungsbilanz Deutschlands war bis vor kurzem eine aktive. Vor Frankreich hat es die sehr viel größere interozeanische Schifffahrt und die starke Frachtenvermittlung auf Bahnen und Binnenwasserstraßen für Rußland, Österreich-Ungarn und die Schweiz voraus, deren Bruttofrachten allein den größeren Teil des Defizits der deutschen Handelsbilanz ausgleichen dürften. Es besitzt auch viel ausländische Effekten, und zahlreiche deutsche Unternehmungen im Auslande verbessern ebenfalls seine Zahlungsbilanz. Aber diese letzteren bilden keinen liquiden Posten. Der große Einfuhrbedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen ruft besonders im Herbst Zahlungsverpflichtungen hervor; gerade dann kommt der Weizen, von dem Deutschland für 300—370 Millionen \mathcal{M} im Jahre importiert, das Schmalz, wovon für 135 Millionen \mathcal{M} , das Petroleum, wovon für 80 Millionen \mathcal{M} eingeführt werden, zur Verschiffung; um diese Zeit sind von ihm die Anzahlungen für Baumwolle zu leisten, für die $\frac{1}{2}$ Milliarde \mathcal{M} jährlich aufgewendet

werden muß. Es tritt daher zu dieser Zeit immer eine gewaltige Anspannung des Zinsfußes ein, da die Ausfuhr der Erzeugnisse des deutschen Gewerbestandes, mit denen der Hauptteil der Einfuhr bezahlt werden muß, sich über das ganze Jahr verteilt. Und die deutsche Handelspolitik hat diese Zahlungsbilanz noch weiter auf das Höchste erschwert. Sie hat eine Absperrungspolitik auch in anderen Staaten gezeitigt und die Ausfuhr dorthin beeinträchtigt. Sie hat — was noch schwerer ins Gewicht fällt — die Produktionskosten ihrer Fabrikate durch die Verteuerung aller Lebensmittel, zahlreicher Rohstoffe und Halbfabrikate erheblich erhöht. Der englische, der belgische, der amerikanische Arbeiter, der billigeres Brot und Fleisch zu essen hat, vermag entsprechend billiger zu arbeiten; und darüber bleibt Deutschland im Verhältnis zu anderen großen Industriestaaten mit seinem Export zurück.

So lange die deutsche Handelspolitik die deutsche Ausfuhr durch die Verteuerung aller Produktionskosten beschränkt, liegt die Gefahr nahe, daß sie über kurz oder lang so stark zurückbleibt, daß die deutsche Zahlungsbilanz nicht mehr aktiv, sondern passiv wird, daß Deutschland nicht nur keine ausländischen Effekten mehr erwerben kann, sondern daß es sie verkaufen muß, um seine Verpflichtungen gegenüber dem Ausland zu erfüllen, daß letzteres schließlich auch deutsche Effekten erwirbt, daß Deutschland aus einem Gläubigerstaat ein Schuldnerstaat wird, daß diese Politik es verhindert, daß wir mit den andern fortschreitenden Industriestaaten gleichen Schritt in der wirtschaftlichen Entwicklung halten.

VI.

Die fiskalische Wirkung der Schutzzollpolitik.

Bismarck hat die deutsche Zollpolitik wesentlich mit deshalb eingeführt, weil er gröfsere Einnahmen für das Reich haben wollte, also aus fiskalischen Gründen, um die Finanzen des Reiches zu verbessern. Diese Rechnung hat nicht gestimmt: Allerdings haben die Zollerträge eine gewaltige Zunahme erfahren, sie sind von 140 Millionen \mathcal{M} vor 1879 auf ca. 700 Millionen \mathcal{M} in 1907 gestiegen. Freilich der Ertrag der Getreidezölle geht zurück.

Der hohe Zoll von 5 \mathcal{M} pro 100 kg für Roggen und Hafer hat in Verbindung mit dem System der Einfuhrscheine aber auch zu einer direkten Schädigung der Reichsfinanzen geführt. Mit der durch sie gewährten Vergütung in Höhe des Zolles wird Roggen und Hafer, der früher in der Viehwirtschaft verbraucht wurde, ausgeführt und statt dessen zollfreie Kleie und Futtergerste eingeführt, die nur einem Zoll von 1,30 \mathcal{M} pro dz. unterliegt. Der Roggenzoll brachte also im Kalenderjahr 1908 der Reichskasse nicht nur nichts, sondern verursachte ihr noch einen Ausfall von 12 263 000 \mathcal{M} .

An Hafer führten wir gleichzeitig 495 435 t aus und nur 299 804 t ein. Der Haferzoll brachte der Reichskasse demnach einen Ausfall von $9\frac{3}{4}$ Millionen \mathcal{M} .

Ferner wurden für die Ausfuhr von Roggenmehl 1908 Einfuhrscheine im Betrag von $5\frac{3}{4}$ Millionen \mathcal{M} , für andere Mühlenfabrikate (ohne Weizenmehl) über 6 Millionen \mathcal{M} , mit obigen 12,26 und 9,75 Mill. \mathcal{M} zusammen also 33 Millionen \mathcal{M} gezahlt. Nun steht dem freilich eine Mehreinfuhr an Futtergerste gegenüber, die aber, da der Zoll dafür nur 1,30 \mathcal{M} beträgt, dem Reich nur für

ca. 7 Millionen *M* Ersatz gibt, so daß das Reich 1908 an den Einfuhrscheinen gegen 26 Millionen *M* zugesetzt haben dürfte.¹⁾

Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß ein Teil des ausgeführten Roggens auch durch eine Mehreinfuhr von Weizen ersetzt worden ist, indessen weist die Statistik keine Zunahme des Weizenverbrauchs im letzten Jahrzehnt auf.

Freilich war das System der Einfuhrscheine eine Notwendigkeit, wenn der durch die Getreidezölle aufs schwerste geschädigte Getreidehandel der Ostseeplätze und die Ausfuhrfähigkeit der Mühlenindustrie vor dem Ruin bewahrt werden sollten.

Ein großer Teil — über 40 v. H. der Zolleinnahme — entfällt auf die Finanzzölle, die nicht nur unabhängig von der Schutzzollpolitik sind, sondern deren Ertrag, soweit es sich um Genussmittel handelt, geradezu durch die Verteuerung der Lebenshaltung infolge der Schutzzollpolitik beeinträchtigt wird. Denn in dem Maße, wie die notwendigen Lebensmittel verteuert werden, vermag die breite Masse der Bevölkerung auch nur weniger für entbehrliche Genussmittel, die den Hauptfaktor der indirekten Steuern und Finanzzölle ausmachen, auszugeben. Diese können aber auch dem Reiche nicht entsprechend nutzbar gemacht werden, weil die Produktion schon vorweg eine Belastung erfährt.

Dazu kommt, daß die Kosten, welche Reich, Einzelstaaten und Gemeinden für ihre Beamtengehälter aufzuwenden haben, in dem Maße steigen, als die Lebensbedürfnisse verteuert werden. Das, was von diesen drei Faktoren der Verwaltung an Gehältern, Löhnen und Materialien infolge der Schutzzollpolitik mehr gezahlt werden muß, als ohne dies erforderlich wäre, dürfte sich wohl auf 2 Milliarden *M* im Jahre berechnen, die natürlich durch direkte und indirekte Steuern aufgebracht werden müssen.

Charakteristisch dafür ist, daß, trotzdem das stehende Heer

¹⁾ In der Beurteilung der Wirkungen des Einfuhrschein-Systems weichen wir von der Meinung des Herrn Verfassers ab. D. Red.

von 1895—1909 nur eine geringfügige Vermehrung erfuhr, die Ausgaben für Naturalverpflegung von 106 auf 173 Millionen *M* stiegen, d. i. um 62,3, während gleichzeitig die Ausgaben für Geldverpflegung nur um 19 v. H. zunahmen. Allerdings sind hierbei die Mehrkosten des inzwischen für die Mannschaften des Heeres eingeführten warmen Abendbrottes mit ca. 5 Mill. *M* in Abzug zu bringen.

Gerade auch das Finanzinteresse Deutschlands würde die Rückkehr zum Freihandelssystem gebieterisch fordern.

Allerdings hat unter der Ende 1907 einsetzenden, internationalen Wirtschaftskrisis auch England schwer gelitten und von agrarischer und industrie-schutzzöllnerischer Seite wird mit Emphase hervorgehoben, daß Englands Ausfuhr in 1908 um 976,6 Millionen *M* abgenommen habe, die Deutschlands aber nur um 97,8 Millionen *M*. Dabei wird aber geflissentlich außer Betracht gelassen, daß dabei der deutschen Ausfuhr noch die hohen Wertziffern des Hochkonjunkturjahres 1907 zugrunde gelegt waren. Die definitive Berechnung ergab — nach Abzug der Edelmetalle — einen Rückgang der deutschen Ausfuhr im Spezialhandel von 6845 auf 6398 Mill. *M*, also von 447 Mill. *M*. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß die Ausfuhr von Getreide und Mehl gleichzeitig eine Steigerung von 130 Mill. *M* erfuhr, sodafs der eigentliche Warenexport einen Rückgang von 577 Mill. *M* aufwies. Es muß des weiteren in Betracht gezogen werden, daß Großbritannien von 1906 auf 1907 seine Ausfuhr um die ungeheure Zahl von 1033 Mill. *M*, Deutschland gleichzeitig nur um 492 Mill. *M* gesteigert hatte, gegen 1906 ist Englands Ausfuhr also immer noch günstiger als die deutsche.

Unzweifelhaft hat England unter der industriellen Krise 1908/09 mindestens ebenso schwer zu leiden wie Deutschland; seine Arbeitslosenzahl dürfte die deutsche vielleicht noch übertreffen. Das hat aber mit seiner Freihandelspolitik nichts zu tun. Auch unter dem schärfsten Protektionismus würden nach der vorangegangenen

Überproduktion seine beiden wichtigsten Industrien: Schiffbau und Spinnerei ebenso, wenn nicht in noch höherem Maße, an Absatzstockung leiden als unter dem Freihandelssystem. Dafs ein derartiges Exportland wie England an der Zollabspernung anderer Länder ebenfalls schwer zu tragen hat, ist selbstverständlich, aber es leidet nicht so schlimm darunter, wie das Exportland Deutschland, da es seine Produktionskosten durch Zölle nicht verteuert, also billiger produziert als die „zollgeschützten“ Länder.

Aus dem Bier könnten, ohne es um einen Pfennig zu verteuern, 100 Millionen *M* mehr für die Reichskasse gezogen werden, wenn wir keine Zölle auf Gerste, Malz, Pferde, Hafer usw. hätten. Allein der Gerstenzoll verteuert die deutsche Bierproduktion um mehr als 80 Mill. *M* pro Jahr und bringt dem Reiche nur 10 Mill. *M*. Ohne den Schutzzoll für inländischen Tabak würde der Tabak dem Reiche mindestens 15 Mill. *M* mehr bringen. Von dem, was die Konsumenten an Branntweinsteuer aufbringen, fliefsen mindestens 60 Mill. *M* in die Taschen der Brenner. Allein aus der bekannten Liebesgabe sind den Brennern im Laufe der Jahre 1 Milliarde *M* zugefallen, während die Zuckerexportprämien nicht weniger als 1438 Mill. *M* ausmachten; beides ohne Zins und Zinseszins. Mit diesen berechnet sich der Wert dieser den Agrariern gemachten Geschenke auf rund 70 % unserer gesamten Reichsschuld.

Man ist daher voll berechtigt zu erklären, dafs eine Gesundung der Finanzen von Reich, Einzelstaaten und Gemeinden nicht früher möglich ist, als bis Deutschland seine Schutzzölle, deren Ertrag heut zum überwiegenden Teil in die Taschen einiger Produzentengruppen fliefst, beseitigt hat und zu einem rationellen Ausbau seiner Finanzzölle, seiner Verbrauchsabgaben und direkten Steuern gelangt. Bis dahin mufs jede sogenannte Finanzreform nach wenigen Jahren wieder zum vermehrten Defizit führen.

Auch England ist zu gesunden Finanzverhältnissen, zur Tilgung seiner Schulden erst nach dem Übergang zum Freihandel gekommen.

VII.

Schluss.

Das Beispiel, das ein großes, auf hoher wirtschaftlicher Entwicklungsstufe stehendes Land durch seine Handelspolitik gibt, bleibt nicht ohne Einfluss auf die Wirtschaftspolitik anderer Länder, und sein Beispiel wird um so mehr zur Nachahmung reizen, wenn seine politische Machtstellung eine bedeutsame ist. Das Beispiel Englands, als es zum Freihandel übergegangen war, bewirkte s. Zt. eine wesentliche Herabminderung der Zollschranken anderer Länder, zeitigte die Ära der Handels- und Meistbegünstigungsverträge, die mit dem englisch-französischen Handelsvertrag vom 28. Januar 1860 einsetzte und im wesentlichen bis zu dem Moment anhielt, als Bismarck 1878 die Schwenkung zur Schutzzollpolitik einleitete. Wenn es auch richtig ist, dass Russland bereits 1877 durch die Anordnung der Zollzahlung in Gold statt in Kreditrubeln, den ersten Anstoß zur rückläufigen Wirtschaftspolitik gegeben hat, dass Oesterreich-Ungarn und Italien schon 1878 mit einer Erhöhung einzelner Positionen ihrer Zolltarife vorgingen, so waren doch bei diesen Staaten hierfür in erster Linie fiskalische Rücksichten maßgebend. Und keiner von ihnen konnte den Anspruch erheben in politischer, geschweige wirtschaftlicher Beziehung führen zu wollen. Als aber das deutsche Reich — damals unwidersprochen die politische führende Macht — sich dem ausgesprochenen Protektionismus zuwandte, da mußte das

den auf das gleiche Ziel gerichteten Neigungen gewisser Produzentengruppen in anderen Staaten zum Durchbruch verhelfen. Damit trat die Politik der gegenseitigen Absperrung wieder ihren Siegeszug an. Rußland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Frankreich, Schweden, schliesslich selbst die Schweiz folgten dem deutscherseits gegebenen Beispiel, übertrumpften es zum großen Teil noch.

Deutschland war schon Ende der 70er Jahre ein überwiegendes Ausfuhrland industrieller Erzeugnisse. Sein Interesse ging daher weit mehr daraufhin, sich die ausländischen Märkte zu sichern, sie zu erweitern, als den Wettbewerb fremder Waren auf dem heimischen fern zu halten. Dieses Exportinteresse des weitaus überwiegenden Teiles der deutschen Industrie wurde durch die Absperrungspolitik, die dem deutschen Beispiel folgend die Mehrheit der anderen Staaten einschlug, schwer geschädigt. Die Zeit von 1879 bis 1893 ist denn auch keineswegs die Ära eines gewaltigen Aufschwunges der deutschen Industrie, geschweige unserer Ausfuhr gewesen. Nach vielen unserer bis dahin wichtigsten Absatzgebieten ging diese namhaft zurück; und die Zeiten wirtschaftlicher Blüte waren in dieser Periode nur kurz, die des Darniederliegens sehr lang. Erst als Caprivi mit der Politik der wachsenden gegenseitigen Absperrung brach, als er dem deutschen Außenhandel durch den Abschluß langfristiger Handelsverträge mit herabgesetzten und gebundenen Zollsätzen die unbedingt nötige Sicherheit verschaffte, da setzte jener gewaltige Aufschwung unseres Wirtschaftslebens ein, der mehr noch als in den wachsenden Ziffern unseres Außenhandels in den Zahlen des Rückganges der Auswanderung, der enormen Zunahme der maschinellen Pferdestärken, in den Ziffern der Einkommen- und Vermögensteuern einen drastischen Ausdruck fand. Und dieser Aufschwung war von einer Dauer wie keiner der früheren.

Mit dem Jahre 1906 ist die neudeutsche Wirtschaftspolitik in Kraft getreten, nachdem der agrarisch-hochschutzzöllnerische neue

Zolltarif bereits am 13. Dezbr. 1902 vom Reichstag beschlossen worden, es aber erst Anfang 1906 möglich gewesen war auf seiner Grundlage überhaupt zu Handelsverträgen zu kommen. Das deutscherseits gegebene Beispiel hat wiederum nur zu bereitwillige Nachfolge in nahezu allen andern Staaten — von Belgien, den Niederlanden, Dänemark und England abgesehen — gefunden. Unsere Ausfuhr, auf die wir mit unserer stark wachsenden Bevölkerung von Jahr zu Jahr mehr angewiesen sind, begegnet überall höheren Zollschränken. Wenn unsere Industrie, deren Produktionskosten durch die heimischen Agrarzölle und die Zölle auf wichtige Halbfabrikate oder Materialien ohnehin erheblich verteuert werden, außer Stande ist auch noch Auslandszölle zu überwinden, so muß sie auf diese Märkte verzichten; oder der kapitalkräftige Unternehmer ist genötigt Betriebsstätten im Ausland zu errichten. Dort genießt er freilich den Vorteil des Zollschatzes, aber dieser wird ihm zum großen Teil — oft ganz — illusorisch gemacht durch die Kosten, welche die Zersplitterung der Betriebsstätten, die allmähliche Anlernung der Arbeiter und anderes mehr verursachen. Die Produktionskosten der Ware werden eben durch diese erzwungene Auswanderung der Industrie enorm verteuert; vor allem aber entgeht dem deutschen Arbeiter dadurch Arbeitsgelegenheit. Wo es sich um Nachbargebiete handelt, da können allenfalls Filialwerke dicht über der Grenze errichtet und ein Teil der deutschen Arbeiter darin beschäftigt werden; aber das sind doch immer nur Ausnahmefälle.

Genau dieselbe Wirkung hat der Ausübungszwang für Patente, wie ihn jetzt, deutschem Beispiel folgend selbst das Freihandelsland England eingeführt hat, der die deutsche Industrie — namentlich die der Farbenchemie — zwingt Filialwerke auch dort zu errichten. Und es steht zu befürchten, daß das Beispiel Deutschlands schließlich auch England in schutzzöllnerische Bahnen lenkt. Das Argument, ein Land könne nicht allein dem Freihandel

huldigen, wenn alle andern die Einfuhr durch Zölle erschweren, ist zu verführerisch, als dafs es auf die, welche sich nicht bemühen, eine Sache kritisch durchzudenken, seinen Eindruck verfehle.

Gerade aber für ein Land mit so rapid zunehmender Bevölkerung wie Deutschland, das um diese zu ernähren von Jahr zu Jahr mehr auf den Aufsenhandel angewiesen ist, muß eine Politik der gegenseitigen Absperrung und der Verteuerung der Produktionskosten als die denkbar verkehrteste bezeichnet werden.



M 31637